



SIXTH WORLD CONGRESS OF IPPNW
6. INTERNATIONALER ÄRZTEKONGRESS
ZUR VERHÜTUNG EINES ATOMKRIEGES



CLAUDIA KEMPER

MEDIZIN GEGEN DEN KALTEN KRIEG

Ärzte in der anti-atomaren
Friedensbewegung
der 1980er Jahre

Wallstein

Claudia Kemper
Medizin gegen den Kalten Krieg

Hamburger Beiträge
zur Sozial- und Zeitgeschichte

Herausgegeben von der
Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg

Band 54

Redaktion: Joachim Szodrzynski

Claudia Kemper
Medizin
gegen den Kalten Krieg

*Ärzte
in der anti-atomaren Friedensbewegung
der 1980er Jahre*



WALLSTEIN VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Wallstein Verlag, Göttingen 2016

www.wallstein-verlag.de

Vom Verlag gesetzt aus der Adobe Garamond

Umschlaggestaltung: Basta Werbeagentur, Steffi Riemann

Titelfoto: Internationaler IPPNW-Kongress 1986 in Köln

Foto: Privatbesitz Karl Bonhoeffer

Druck und Verarbeitung: Hubert & Co, Göttingen

ISBN (Print) 978-3-8353-1812-0

ISBN (E-Book, pdf) 978-3-8353-2930-0

Inhalt

Einleitung	9
I. Vermessung des Themas: Methodik, Forschungsfelder und Akteure	19
1. Vertrauen Sie Ihrem Arzt – die IPPNW als Expertenorganisation und moralische Instanz	19
2. Weder Gewinner, noch Verlierer – die Friedensbewegung der 1980er Jahre	37
3. Organisationen in nationalen und internationalen Zusammenhängen	56
4. Untersuchungsdesign	66
II. Die gesellschaftliche Dimension der Ärztebewegung . . .	70
1. Diskussionen im Gesundheits- und Medizinbereich	70
2. Prävention, Psychologie und therapeutische Kultur	80
2.1 Der psychotherapeutische Stil	87
2.2 Darüber reden – das atomare Trauma aus der Zukunft	95
3. Moralischer Auftrag der Vergangenheit: Nationalsozialismus und Medizin	111
III. IPPNW – eine politische Idee wird medikalisiert und organisiert, 1980-1984	124
1. Gründung der internationalen IPPNW	125
1.1 Vertrauen schaffen – die Airlie-House-Konferenz	135
1.2 Glaubwürdigkeit transportieren – Settings, Bilder und Medien . .	147
1.3 Creating an international body – die Amsterdam-Konferenz . . .	159
2. Unpolitisch gegen Atomwaffen? Gründung und Aufbau der westdeutschen ›Ärzte gegen den Atomkrieg‹ auf regionaler und nationaler Ebene	171
2.1 Annäherungen und Kontakte 1980-82	173
2.2 Berufsspezifische Friedensinitiativen und Kritik am Staat	189

2.3	Strategien und Aktionen bis zum Bundestagsbeschluss 1983 . . .	201
	<i>Der Offene Brief 208 — Unterschriftenaktion und Zeitungsanzeigen 213 — Steuer- und Beitragsboykott 218 — Straßenprotest 221</i>	
2.4	Scheitern als eine Frage der Definition: IPPNW nach dem Bundestagsbeschluss	225
2.5	Justierungen und Profilbildung der Organisation 1984	230
2.6	Kongresse als Schnittstellen	235
IV.	Grenzen der internationalen Friedensidee im Kalten Krieg – IPPNW 1980-1986	247
1.	Stell dir vor, es ist Krieg: Zivilschutz, Prognosen und Szenarien 1980-1985	249
1.1	Wir werden euch nicht helfen können – Ärzte streiten über Katastrophenmedizin	260
	<i>Zivilschutz 262 — Was ist eine Katastrophe? 266 — Andere Länder, andere Katastrophen? 272</i>	
1.2	Streit um Referentenentwürfe	282
2.	Nähe und Distanz: West- und Ostdeutschland, Europa und die USA	300
2.1	Internationale Idee im Beziehungstest: die DDR-Sektion der IPPNW	301
2.2	Schwieriges Verhältnis unter Freunden: USA und Westdeutschland	320
2.3	Europa! Europa?	330
2.4	Bridging the gap ... of gender!	338
2.5	It's the money, stupid – Finanzen einer INGO	345
3.	Differenzierung in kritischen Momenten	352
3.1	Die Vertrauensfrage neu stellen: das Teststopp-Moratorium der Sowjetunion	354
3.2	Die Debatte um den Friedensnobelpreis 1985 und die Frage der Menschenrechte	362
3.3	Ende der Friedensbewegung oder Lessons learned? Der Köln-Kongress 1986	382
	<i>Nationale NS-Vergangenheit und internationaler Holocaust 383 — Tschernobyl und die Suche nach einem anti-atomaren Konsens 395</i>	
V.	Zugänge zur Gesellschaftsgeschichte der 1980er Jahre: ein Resümee	409

INHALT

Abkürzungen	421
Quellen und Literatur	423
Unveröffentlichte Quellen	423
Gespräche mit Zeitzeugen und Aktiven	424
Gedruckte Quellen	424
Zeitgenössische Schriften (bis 1986).	426
Darstellungen	430
Online-Publikationen (Quellen und Literatur).	465
Abbildungsnachweis	469
Dank	471
Namens- und Organisationsregister	473

Einleitung

Die International Physicians for the Prevention of Nuclear War (IPPNW) als Zugang zur Gesellschaftsgeschichte der 1980er Jahre

Die Friedensbewegung der 1980er Jahre war mehr als der Straßenprotest hunderttausender Menschen in der Bundesrepublik, in Europa und in den USA. Sie war eine Massenbewegung, die wie alle historischen Phänomene komplizierter, heterogener und vielfältiger wirksam war als so manche anekdotenhafte Beschreibung suggeriert. Genauso wie der Kalte Krieg als ordnungspolitische Konfliktlage seine Spuren bis heute hinterlassen hat, lassen sich auch Kontinuitäten und Brüche seit den gesellschaftspolitischen Debatten der Friedensbewegung erkennen – nicht nur dort, wo es in gegenwärtigen Diskussionen um Krieg und Frieden geht.

Die vorliegende Untersuchung wird weder das Hohelied der Friedensbewegung singen noch ein Memorial bislang unbesungener Helden liefern. Vielmehr wird sie das bieten, was jede geschichtswissenschaftliche Auseinandersetzung anstrebt: sie sucht und analysiert den historischen Ort der Friedensbewegung. Dieser Ort war nicht allein konstituiert durch friedliebende Menschen, denen angesichts neuer Atomraketen in nächster Nachbarschaft mulmig wurde. Im anti-atomaren Protest kam ein grundsätzlicher »Streit um den Staat«¹ und über Fragen der politischen Kommunikation und Mitsprache zum Ausdruck. Den historischen Ort zu vermessen bedeutet, vom konkreten Anlass ausgehend nach synchronen und diachronen Prozessen, Ideen und Ereignissen zu fahnden, die in die Bewegung hinein- und auf die Friedensdiskussion einwirkten. Sicherlich hing die Friedensbewegung von vielen Faktoren ab und muss die Vermessung ihres historischen Ortes multiperspektivisch geschehen.

Gleichermaßen bietet die Friedensbewegung die Wegmarke einer konfliktorientierten Vorgeschichte zur Gegenwart. Diese Vorgeschichte betrifft nicht allein die Friedens- und Sicherheitsdiskussion in den westlichen Industriestaaten, sondern auch die Konfliktlagen und gesellschaftspolitische Situation der Bundesrepublik in den 1980er Jahren. Im vorliegenden Fall wird diese Sichtweise vertieft anhand des beruflich-professionellen Kontextes der Protagonisten sowie der Genese nicht-staatlicher internationaler Organisationen in einer Zeit, als sich die Dimensionen von Internationalität meist noch auf die Himmelsrichtungen Ost und West beschränkten.

Im Mittelpunkt stehen somit die *Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges*, deren Dachorganisation sich 1980 in Boston gründete, gefolgt

1 Klaus Naumann, Nachrüstung und Selbstanerkennung. Staatsfragen im politisch-intellektuellen Milieu der »Blätter für deutsche und internationale Politik«, in: Dominik Geppert/Jens Hacke (Hrsg.), Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960-1980, Göttingen 2008, S. 269-289.

von zahlreichen nationalen Sektionsgründungen, 1982 auch in der Bundesrepublik und der DDR. Den Ausgangspunkt der internationalen Organisation bildete die Harvard Medical School, wo der renommierte Kardiologe und erste Co-Präsident der IPPNW, Bernard Lown,² tätig war. Innerhalb der Friedensbewegung zu Beginn der 1980er Jahre gehörten die *International Physicians for the Prevention of Nuclear War* (IPPNW) bald zu den größten internationalen Nicht-Regierungsorganisationen (INGO): In den ersten fünf Jahren nach ihrer Gründung entstanden gut 40 nationale Sektionen, in denen etwa 135.000 Ärzte³ aktiv waren.⁴ Der Gründungsauftrag der IPPNW konzentrierte sich ausschließlich auf die medizinische Argumentation zur Verhinderung eines Atomkrieges.

Allein diese Angaben lassen vermuten, dass sich die nationalen Sektionen vor sehr unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Hintergründen gründeten und profilierten. So existierte in der Bundesrepublik schon eine Reihe ärztlicher Initiativen innerhalb der Anti-AKW- und Friedensbewegung, als 1981 der Zusammenschluss zu einer nationalen IPPNW-Sektion begann. Ausgehend von der bundesdeutschen Sektion sollen vor allem ihre lokale, nationale und europäische Einbettung untersucht werden und darüber hinaus auch das transatlantische Beziehungsgeflecht zur Dachorganisation der IPPNW in den USA. Auf diese Weise bietet die Geschichte der IPPNW zahlreiche Anknüpfungspunkte, um einen tiefergehenden Blick auf die politische Kultur in der Bundesrepublik und in den USA zu Beginn der 1980er Jahre und somit während der letzten Phase des Kalten Krieges zu werfen. Deshalb versteht sich diese Untersuchung weniger als reine Organisationsgeschichte der IPPNW, zu der an anderer Stelle meist aus zeitgenössischer Perspektive kenntnisreich veröffentlicht wurde,⁵ sondern als ein Beitrag zur Gesellschaftsgeschichte der 1980er Jahre.

- 2 Bernard Lown (Jg. 1921), langjähriger Präsident der IPPNW, war Kardiologe am Bostoner Brigham and Women's Hospital, lehrte an der Harvard School of Public Health und wurde u. a. durch die Erfindung des Defibrillators bekannt.
- 3 Zur besseren Lesbarkeit verwendet die vorliegende Studie in der Regel die Gattungsbegriffe im generischen Maskulinum (z. B. Arzt) und impliziert gleichermaßen die weibliche Form (Ärztin).
- 4 Lawrence Stephen Wittner, *Toward nuclear abolition: A history of the world nuclear disarmament movement, 1971 to the present*, Bd. 3, Stanford 2003, S. 228.
- 5 Irwin Abrams, *The Origins of International Physicians for the Prevention of Nuclear War: The Dr James E. Muller Diaries*, in: *Medicine, Conflict and Survival* 15 (1999), S. 15-31; Paul S. Boyer, *Physicians Confront the Apocalypse: The American Medical Profession and the Threat of Nuclear War*, in: *Journal of the American Medical Association* (JAMA) 254 (1985), S. 633-643; Nick Lewer, *Physicians and the peace movement: Prescriptions for hope*, London u. a. 1992; Bernhard Lown, *Die Geschichte der »Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges« (IPPNW). Wichtige Stationen und Perspektiven*, in: Thomas M. Ruprecht (Hrsg.), *Äskulap oder Mars? Ärzte gegen den Krieg*, Bremen 1991, S. 507-525; Bernard Lown, *Prescription for survival. A doctor's journey to end nuclear madness*, San Francisco 2008; L. Rumieli, *Exposing the Cold War Legacy: The Activist Work of Physicians for Social Responsibility and International Physicians for the Prevention of Nuclear War, 1986 and 1992*, in: Virginia Berridge/Martin Gorsky (Hrsg.), *Environment, Health and History*, Basingstoke u. a. 2011, S. 224-244.

Die vorliegende Studie kann schon allein deshalb nicht vorrangig klassische Organisationsgeschichte bieten, weil eine ganze Reihe organisationssoziologischer Details wegen ihrer schieren Menge nicht einbezogen werden. Vielmehr sollen zeithistorische Fragestellungen am Beispiel der IPPNW diskutiert werden, woraus sich im Verlauf ihrer Beantwortung auch ein breiterer Einblick in die Entwicklung der Organisation ergibt. Verbunden mit einigen Erweiterungen beschäftigen sich diese Fragen zum einen mit dem Verhältnis zwischen medizinischer Profession und politischem Protest und zum anderen mit dem Verhältnis zwischen der daraus entstandenen Friedensorganisation und ihrem nationalen bzw. internationalen Bezugsrahmen.

Um diesen Zugang zu verdeutlichen, sei erwähnt, dass eine Studie, die sich dem Verhältnis von Medizin und Protest widmet und hierbei die Bedingungen und Wahrnehmungen gesellschaftlichen Engagements zu Beginn der 1980er Jahre in den Blick nimmt, kaum der Frage nachgehen wird, ob die Friedensbewegung im Allgemeinen und die Ärzte-Bewegung im Besonderen »erfolgreich« gewesen seien. Damit würde nicht nur eine allzu simple Vorstellung von Konfliktanalyse betrieben, sondern auch gesellschaftspolitische Debatten nach einem schlichten Ursache-Wirkungs-Prinzip beurteilt, anstatt Bedingungen und Ambivalenzen in den Mittelpunkt zu stellen.⁶ Sowenig es um die Frage von »Erfolg« oder »Misserfolg« der Friedensbewegung gehen kann, sowenig konstruktiv im Sinne einer Gesellschaftsgeschichte ist die Frage, ob die Geschichte der IPPNW eher dem »Peace Camp« oder den »Cold War triumphilists« recht gibt.⁷ Hiermit würden zeitgenössische Narrative eher fortgeschrieben als kritisch hinterfragt. Gleichwohl soll deutlich werden, dass die IPPNW ein Produkt des Kalten Krieges war, während sie zugleich seine Grundlagen und somit Legitimität wirkungsvoll in Frage stellte.

Zunehmend arbeitet die Forschung heraus, wie Mitte der 1980er Jahre individuelles Handeln, Ereignisse und längerfristige gesellschaftliche Veränderungen kulminierten und das wenige Jahre später vollzogene, von kaum jemandem antizipierte, unkriegerische Ende des Kalten Krieges einleitete.⁸ Vor diesem Hintergrund interessiert, wie und in welchem Zusammenspiel gesellschaftliche und

IPPNW 20 Jahre hrsg. von der Deutschen Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung e. V., Berlin o. D.

6 Anschließend an Thorsten Bonacker, Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien – Einleitung und Überblick, in: ders. (Hrsg.), Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung, Opladen 2002, S. 9-29, S. 13-14.

7 Zur Unterscheidung vgl. Tim Geiger, Vergeblicher Protest? Der NATO-Doppelbeschluss und die deutsche Friedensbewegung, in: Peter Hoeres/Frank Bösch (Hrsg.), Außenpolitik im Medienzeitalter. Vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Göttingen 2013, S. 273-297, S. 274-275. Ein Überblick zu entsprechenden historiographischen Deutungsansätzen in der Einleitung zu Philipp Gassert/Tim Geiger (Hrsg.), Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011, S. 7-29.

8 Olav Njølstad (Hrsg.), The last decade of the Cold War. From conflict escalation to conflict transformation (Nobel Symposium 122), London 2004.

politische Akteure dazu beitragen, den atomaren Bedrohungskonsens und somit eine der Grundlagen des Kalten Krieges aufzulösen.⁹ Weiterhin besteht Forschungsbedarf zu der Frage, unter welchen Bedingungen zu Beginn der 1980er Jahre zeitgleich in unterschiedlichen Industriestaaten mit je unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Kulturen die bislang breiteste Mobilisierung von Menschen stattfand, die sich gegen Atomwaffen einsetzten. Welche Rolle spielten einzelne Personen oder Expertengruppen für die Mobilisierung? Wie wirkten Symbole, performative Handlungen und Medien in der Protestkommunikation, sowohl national als auch für grenzüberschreitende Verständigung?¹⁰ Und wie lassen sich die Wechselwirkungen der anti-atomaren Friedensbewegung mit anderen gesellschaftspolitischen Entwicklungen der 1980er Jahre erfassen, so dass Rückschlüsse gezogen werden können auf das Maß ihrer intendierten und vor allem nicht intendierten Wirkungen? Die oft noch nach Dekaden periodisierte Zeitgeschichte kann hierbei deutlich differenziert werden, denn mit der Zusammenschau von Bewegungsgeschichte, friedenspolitischen Diskursformationen und der sozialen Situation von Ärzten rücken die späten 1970er und frühen 1980er Jahre näher aneinander. Letztlich ist also auch zu fragen, wie die Studie über eine Friedensorganisation zur Kartierung der jüngeren Zeitgeschichte beitragen kann.

Für die Diskussion dieser Fragen behält die vorliegende Studie zwar das multikausale Ende des Kalten Krieges im Blick, leitet aber die Geschichte der IPPNW keineswegs teleologisch darauf zu. Vielmehr stehen Handlungsräume und Wahrnehmungskonstellationen der internationalen Organisation und ihrer Akteure während der ersten Hälfte der 1980er Jahre im Mittelpunkt und damit die Frage nach den keineswegs absehbaren Entwicklungen in der anti-atomaren Friedensdebatte. Zum besseren Verständnis muss an dieser Stelle die Konstellation des Kalten Krieges zu Beginn der 1980er kurz skizziert werden.

Nicht Ursache, aber Auslöser einer ungeheuren Zuspitzung in den Beziehungen zwischen Ost und West war der NATO-Doppelbeschluss von 1979. Dieser sah vor, der Sowjetunion Abrüstungsverhandlungen vorzuschlagen und, falls diese scheiterten, atomare Mittelstreckenraketen in den NATO-Staaten Großbritannien, Belgien, den Niederlanden und der Bundesrepublik zu stationieren.¹¹ Die Verhandlungen sollten zunächst die modernisierten Sprengköpfe

9 Das multikausale, stark interdependente Ende des Kalten Krieges betonen: Oliver Bange/Bernd Lemke, Einleitung, in: dies. (Hrsg.), *Wege zur Wiedervereinigung: die beiden deutschen Staaten in ihren Bündnissen 1970 bis 1990*, München 2013, S. 1-29, S. 3.

10 Benjamin Ziemann, *Peace Movements in Western Europe, Japan and the USA since 1945: Introduction*, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen* 32 (2004), S. 5-19.

11 Tim Geiger, *Der Nato-Doppelbeschluss. Vorgeschichte und Implementierung*, in: Christoph Becker-Schaum/Philipp Gassert/Martin Klimke/Wilfried Mausbach/Marianne Zepp (Hrsg.), *»Entrüstet Euch!«. Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung*, Paderborn 2012, 54-70.

der sowjetischen Mittelstreckenraketen vom Typ SS-20 betreffen. Ließe sich die Sowjetunion nicht darauf ein, würden ab 1983 insgesamt 108 Pershing II und 464 Cruise Missiles in Europa aufgestellt. Dass es ausgerechnet 1979 zu dieser Zuspitzung kam, lag nicht allein an waffentechnischen Modernisierungen in der Sowjetunion. Die SS-20-Raketen bildeten vielmehr ein passendes Szenario, vor dem die NATO ihre eigenen militär- und sicherheitsstrategischen Überlegungen verwirklichen konnte, zu denen schon seit Ende der 1960er Jahre transatlantische Strategiedebatten beigetragen hatten.¹² Hinzu kamen die seit Mitte der 1970er Jahre zunehmenden europäischen Sicherheitsbedenken gegenüber der paritätischen Machtstruktur der *superpowers*.¹³

Die ebenfalls seit Ende der 1960er Jahre verfolgte Entspannungspolitik bedeutete keinen Gegensatz zu diesen Entwicklungen, sondern stellte eine Konstellation dar, die der Grundkonstruktion des Kalten Krieges entsprach:¹⁴ Konferenzdiplomatie und Militärstrategien gingen Hand in Hand, denn beiden führenden Atommächten ging es nicht nur um waffentechnische Überlegenheit, sondern auch um ähnlich gelagerte Sicherheitsinteressen und um internationales Prestige.¹⁵ Zuletzt betonten Oliver Bange und Bernd Lemke diese »antagonistische Kooperation«: »Während auf diplomatischer, gesellschaftlicher und erst recht auf ökonomischer Ebene immer intensiver – wenn auch mit unterschiedlichen Zielsetzungen – kooperiert und kommuniziert wurde, blieben militär- und sicherheitspolitische Probleme weitgehend ungelöst.«¹⁶ Verhandlung und Abschluss des SALT-I-Abkommens von 1972 konnten somit als ausgesprochen vertrauensbildende Maßnahme gelten und der KSZE-Prozess als ein noch größerer Schritt. Das von der Sowjetunion lange Jahre verfolgte Ziel, die europäische Nachkriegsordnung vertraglich zu regeln, korrespondierte mit dem Ziel der Westmächte, die »Freiheitsbeschränkungen im Osten zu überwinden«.¹⁷ Vor allem die KSZE-Schlussakte verdeutlichte die ambivalente Grundstruktur des Kalten Krieges, denn die militärische Situation blieb von ihr völlig unberührt,

12 Leopoldo Nuti, The origins of the 1979 dual track decision – a survey, in: Leopoldo Nuti (Hrsg.), The crisis of détente in Europe. From Helsinki to Gorbachev, 1975-1985, London 2009, S. 57-71, S. 58-60.

13 Michael Cox, The 1980s revisited or the Cold War as history – Again, in: Njølstad, last decade, S. 3-28; Helga Haftendorn, Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, 1955-1982, Baden-Baden 1983; Matthias Schulz/Thomas Alan Schwartz (Hrsg.), The strained alliance. U. S.-European relations from Nixon to Carter, Washington D. C., Cambridge, New York 2010.

14 In diesem Sinne kann auch Stövers Einschätzung gefolgt werden, der den Kalten Krieg als ein »selbsterhaltendes System« interpretiert, dessen Gesamtanlage darauf ausgelegt war, sich fortwährend zu erhalten. Vgl. Bernd Stöver, Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947-1991, München 2007, S. 463-464.

15 Wilfried von Bredow, Antagonistische Kooperation als Form der Systemkonkurrenz, in: Manfred Funke (Hrsg.), Friedensforschung – Entscheidungshilfe gegen Gewalt, München 1975, S. 313-320.

16 Bange/Lemke, Einleitung, S. 12.

17 Wilfried Loth, Helsinki, 1. August 1975. Entspannung und Abrüstung, München 1998, S. 9-19.

während sie gesellschafts- und symbolpolitisch im Kontext der vorangehenden bundesdeutschen Ostpolitik stand und ein Scharnier zu den verstärkt einsetzenden Dissidenzbewegungen in Osteuropa und in der Sowjetunion bildete.¹⁸

Wechselseitig dynamische Beziehungen, Verfestigungen und Durchlässigkeiten prägten den Ost-West-Konflikt seit seinem Beginn in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die Bezeichnung Kalter Krieg soll hier wie in vielen Teilen der Forschung als eine Verdeutlichung genutzt werden, um den Ost-West-Konflikt nach 1945 im Zeichen der atomaren Rüstung als ideologische, politische, territoriale und wissenschaftliche Auseinandersetzung zu kennzeichnen. Aus sozial- und kulturhistorischer Sicht zeigt sich der Kalte Krieg als ein kriegerisch moduliertes Ordnungssystem, das sich in den USA, in der Sowjetunion und in Mittel- und Westeuropa freilich ohne den Einsatz atomarer oder konventioneller Waffen vollzog.¹⁹ Da er gleichwohl im Sinne eines Krieges praktiziert wurde und auf Gesellschaften einwirkte, verspricht die Berücksichtigung seiner materiellen *und* perzeptiven Dimension die derzeit weitestgehenden Erkenntnisse über seine Bedeutung für die internationalen Beziehungen²⁰ als auch für gesellschaftspolitische Kulturen.²¹ Begreift man den Kalten Krieg nicht nur als äußere Abschreckungskonstellation, sondern als einen gesellschaftspolitisch übergreifenden Zustand, für dessen Innenleben gleichermaßen reale Konflikte wie Imaginationen eine politische Bedeutung hatten, dann weitet sich der Blick von der rein militärischen und diplomatischen Ebene auf seine ideen-, sozial- und kulturgeschichtlichen Dimensionen.²² So schrieb sich der Kalte Krieg auch

- 18 Helmut Altrichter/Hermann Wentker (Hrsg.), *Der KSZE-Prozess. Vom Kalten Krieg zu einem neuen Europa 1975 bis 1990*, München 2010; Anja Hanisch, *Die DDR im KSZE-Prozess 1972-1985: Zwischen Ostabhängigkeit, Westabgrenzung und Ausreisebewegung*, München 2012; Svetlana Savranskaya, *Human rights movement in the USSR after the signing of the Helsinki Final Act, and the reaction of Soviet authorities*, in: Nuti, *crisis of détente*, S. 26-40; Poul Villaume/Odd Arne Westad (Hrsg.), *Perforating the Iron Curtain. European détente, transatlantic relations, and the Cold War, 1965-1985*, Kopenhagen 2010. Lundestad betont den besonderen Einfluss dieser Entwicklungslinie auf das Ende des Kalten Krieges. Vgl. Geir Lundestad, *The European Role at the Beginning and Particularly the End of the Cold War*, in: Njølstad, *last decade*, S. 60-79.
- 19 Für eine Einordnung des Kalten Krieges in die Globalgeschichte plädieren Odd Arne Westad, *The cold war and the international history of the twentieth century*, in: Melvyn P. Leffler/Odd Arne Westad (Hrsg.), *The Cambridge history of the Cold War I: Origins*, Cambridge, New York 2009, S. 1-19; Jürgen Osterhammel, *Von einem hohen Turme aus*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 31.10.2012, S. 6.
- 20 Gordon S. Barrass, *The great Cold War. A journey through the hall of mirrors*, Stanford 2009; Wilfried Loth, *The Cold War. What it was about and Why it Ended*, in: Villaume/Westad, *Perforating the Iron Curtain*, S. 19-34.
- 21 Lori Lan Bogle (Hrsg.), *Cold War culture and society*, New York u. a. 2001.
- 22 Dieter Senghaas, *War der Kalte Krieg ein Krieg? Realitäten, Phantasien, Paradoxien*, in: *Leviathan* 31 (2003), S. 303-322. Zur Bedeutung des Imaginären als konstitutive Kraft des Kalten Krieges: David Eugster/Sibylle Marti, *Das Imaginäre des Kalten Krieges. Beiträge zu einer Kulturgeschichte des Ost-West-Konfliktes in Europa*, Essen 2015.

in den Alltag der vermeintlich friedlichen westlichen Demokratien ein, in denen nicht zuletzt Mobilisierung und Unterstützung durch das Wahlvolk notwendig war, um die Position im Kalten Krieg zu stärken.²³

Im globalen Maßstab erlebte der Kalte Krieg unterschiedliche Verdichtungen, die seine bipolare Struktur teils stärkten, teils schwächten. Auch während seiner als Entspannung deklarierten Phasen fand er als militärische Auseinandersetzung statt.²⁴ Nach den mehr oder weniger direkten Auseinandersetzungen zwischen den Supermächten in Korea und Vietnam verlagerten sich militärische Interventionen seit den 1970er Jahren in die von Dekolonisation geprägten Gebiete Afrikas und wurden zunehmend zum Mittel im Ressourcenkonflikt,²⁵ der wiederum auf die Konstellation internationaler Bündnisse rückwirkte.²⁶

Da der Kalte Krieg zwischen der Sowjetunion und den USA sowie in Europa vor allem als Krieg um Wissen und mit Wissen ausgetragen wurde,²⁷ lässt er sich, wie in der einschlägigen Forschung unlängst praktiziert, auch als Simulation eines Krieges verstehen, bei dem der Einbildungskraft der Menschen Gewalt angetan wurde.²⁸ Wenn an anderer Stelle von einem »langen Frieden« die Rede

- 23 Thomas Lindenberger, *Divided, but not Disconnected. Germany as Border Region of the Cold War*, in: Tobias Hochscherf/Christoph Laucht/Andrew Plowman (Hrsg.), *Divided, but not disconnected. German experiences of the Cold War*, New York 2010, S. 11-33, S. 12.
- 24 Aus internationaler Perspektive, vgl. Leffler/Westad (Hrsg.), *The Cambridge history of the Cold War I: Origins bzw. II: Crises and Détente*, Cambridge 2010.
- 25 Jürgen Osterhammel/Jan C. Jansen, *Dekolonisation: Das Ende der Imperien*, München 2013; Bernd Greiner, *Zwischen »Totalem Krieg« und »Kleinen Kriegen«*. Überlegungen zum historischen Ort des Kalten Krieges, in: *Mittelweg* 36, 12 (2003), S. 3-20.
- 26 Rüdiger Graf, *Gefährdungen der Energiesicherheit und die Angst vor der Angst: Westliche Industrieländer und das arabische Ölembargo 1973/74*, in: Patrick Bormann/Thomas Freiberger/Judith Michel (Hrsg.), *Angst in den Internationalen Beziehungen*, Göttingen 2010, S. 227-249.
- 27 Klaus Geestwa/Stefan Rohdewald, *Verflechtungsstudien. Naturwissenschaft und Technik im Kalten Krieg*, in: *Osteuropa* 59 (10/2009), S. 5-14; Peter M. Haas (Hrsg.), *Knowledge, power, and international policy coordination*, Columbia 1997; Katrin Köhl, *Wissenschaftsgeschichte als Erfahrungsgeschichte im Kalten Krieg*, in: Claus Zittel (Hrsg.), *Wissen und soziale Konstruktion*, Bd. 3, Berlin 2009, S. 253-272; John Krige/Kai-Henrik Barth (Hrsg.), *Global power knowledge. Science and technology in international affairs*, Chicago 2006; John Krige/Dominique Pestre (Hrsg.), *Science in the twentieth century*, Amsterdam 1997; Bernd W. Kubbig, *Wissen als Machtfaktor im Kalten Krieg. Naturwissenschaftler und die Raketenabwehr der USA*, Frankfurt a. M. 2004; Jens Niederhut, *Wissenschaftsaustausch im Kalten Krieg. Die ostdeutschen Naturwissenschaftler und der Westen*, Köln 2007; David Reynolds, *Science, technology, and the Cold War*, in: Leffler/Westad, *Cambridge history of the Cold War I*, 348-399; Corinna R. Unger, *Cold War Science: Wissenschaft, Politik und Ideologie im Kalten Krieg*, in: *Neue Politische Literatur* 51 (2006), S. 49-68.
- 28 Bernhard und Nehring nehmen in ihrer Einleitung Bezug auf Geyer und Ziemann. Patrick Bernhard/Holger Nehring/Anne Rohstock, *Der Kalte Krieg im langen 20. Jahrhundert. Neue Ansätze, Befunde und Perspektiven*, in: Bernhard/Nehring (Hrsg.), *Den Kalten Krieg denken. Beiträge zur sozialen Ideengeschichte seit 1945*, Essen 2012, 11-39, 14; Michael Geyer, *Der kriegerische Blick: Rückblick auf einen noch zu been-*

ist, erzwungen durch die atomare Patt-Situation,²⁹ erscheint diese Einschätzung nicht nur zu eurozentrisch, sondern auch zu eindimensional ausgerichtet. Zwar sollen die zentrale Rolle Europas und der Zusammenhang von Systemkonkurrenz und Wohlfahrtsstaat nicht in Abrede gestellt werden.³⁰ Jedoch ist eine multidimensionale Sicht notwendig, um den Kalten Krieg nicht bloß als »Zweikampf der Giganten« zu sehen,³¹ sondern als das vielfältige Ordnungssystem einer Epoche, die keineswegs schlagartig endete.³²

Das Denken im Kalten Krieg und in der anti-atomaren Friedensbewegung ging auf dieselben Wissensbestände zurück, die in der Phase der Systemkonkurrenz entstanden waren und im Kern auf der Idee beruhten, eine katastrophale Zukunft (nicht nur militärisch, sondern auch ideell, wirtschaftlich oder kulturell) zu verhindern. Auf internationaler Ebene konnte eine solche Zukunft politisch nur verhindert werden mithilfe eines Minimums gemeinsamer Verabredungen zwischen Ost und West bei gleichzeitig demonstrierter Überlegenheit der eigenen Seite.³³ Anders ausgedrückt: ein Atomkrieg schien sich nur vermeiden zu lassen, wenn er glaubhaft angedroht wurde. Kalkulationen über das künftige Verhalten politischer Gegner gehörten demnach zur Grundausrüstung der Kalten Kriegs-Logik. Aber auch in anderen Gesellschaftsbereichen schlug sich ein veränderter Umgang mit Zukunftsperspektiven und Prognosen nieder.³⁴ Dieser Logik folgte auch die Friedensbewegung, indem sie mit Szenarien vom *worst case* eines Atomstaates gegen diesen argumentierte. Gehörte also die katastrophische Erzählung zum normalen Deutungshaushalt im Kalten Krieg, können daraus wiederum Fragen abgeleitet werden, die grundsätzlich in komplexen, technikabhängigen Gesellschaften diskutiert werden, beispielsweise ob und wie Katastrophen – real oder als permanente Simulation – zu einem gesellschaftspolitischen Wandel beitragen.³⁵

Die mit dem NATO-Doppelbeschluss angestregten amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen scheiterten 1983 und wie verabredet folgten auf nationaler Ebene die Stationierungsbeschlüsse. Am 22. November 1983 stimmte im Bundestag nach 27-stündiger Debatte eine Mehrheit für die Stationierung neuer

denden Krieg, in: Sozialwissenschaftliche Informationen: SoWi 19 (1990), S. III-117; Benjamin Ziemann (Hrsg.), *Peace Movements in Western Europe, Japan and the USA during the Cold War*, Essen 2008.

29 John Lewis Gaddis, *Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte*, München 2007.

30 Hartmut Kaelble, *Kalter Krieg und Wohlfahrtsstaat. Europa 1945-1989*, München 2011.

31 Osterhammel, *Von einem hohen Turme*.

32 Bernd Greiner (Hrsg.), *Erbe des Kalten Krieges*, Hamburg 2013.

33 John Harper Lamberton, *The Cold War*, Oxford 2011, 2.

34 Heinrich Hartmann/Jakob Vogel (Hrsg.), *Zukunftswissen. Prognosen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft seit 1900*, Frankfurt a. M. 2010; Elke Seefried, *Zukünfte. Aufstieg und Krise der Zukunftsforschung 1945-1980*, Berlin, Boston 2015.

35 Helmuth Trischler, *Gesellschaftlicher Wandel als Folge technischen Scheiterns? Massenunglücke und Katastrophen im Technotop der Moderne*, in: Michael Farrenkopf/Peter Friedemann (Hrsg.), *Die Grubenkatastrophe von Courrières 1906. Aspekte transnationaler Geschichte*, Bochum 2008, S. 55-68.

Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik. Am nächsten Tag trafen die ersten Pershings in den Militärstützpunkten ein.³⁶ Die laut Doppelbeschluss stationierten Pershing-Raketen bildeten zwar einige Jahre später die Verhandlungsmasse des INF-Vertrages, aber dieser kam nur zustande, weil sich zuvor die Konstellation des Kalten Krieges veränderte.

In der lange gut funktionierenden »antagonistischen Kooperation« verschoben sich zur Mitte der 1980er Jahre die Gewichte und damit die sensible Beziehungsordnung zwischen Ost und West. Mit dem Amtsantritt des Generalsekretärs Michael Gorbatschow im März 1985 und seinem Bekenntnis zu einem »neuen Denken« traten maßgebliche Veränderungen ein,³⁷ die flankiert wurden von Beratern und Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland.³⁸ Gleichzeitig eröffnete Gorbatschow mit der *glasnost*-Politik (Offenheit) Möglichkeiten kritischer Meinungsäußerungen im eigenen Land, womit er die Offenlegung der schlechten wirtschaftlichen Situation des Landes einleitete und unbeabsichtigt die Erosion nationaler Bindekräfte.³⁹ Unterschiedlich wird bewertet, wie stark Gorbatschows Umdenken die Beziehung zu den USA veränderte.⁴⁰ Fest steht, dass auch Ronald Reagan in seiner zweiten Amtszeit politisch kooperativer auftrat, so dass schon im November 1985 ein erstes Treffen der Staatsoberhäupter in Genf stattfand.⁴¹ Ein diplomatisch günstiges Zeitfenster im Kalten Krieg öffnete sich.

In dieser Phase von der Zuspitzung zur Annäherung im Kalten Krieg präsentierte sich die 1980 gegründete IPPNW als ein medial einprägsames Novum. Die IPPNW war zwar die erste und einzige medizinische Expertenorganisation aus Ost und West, die sich mit großer Anhängerschaft und öffentlich für den Frieden engagierte, stand aber zugleich in der Tradition wissenschaftlicher Kooperationen über den Eisernen Vorhang hinweg. Die Ärzteorganisation agierte somit in den Koordinaten des Kalten Krieges, mit dem Ziel, ihn zu überwinden. Die IPPNW wollte mit global orientierten Kampagnen und Veröffentlichungen an die Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit treten –

36 Freimut Duve (Hrsg.), Die Nachrüstungsdebatte im Deutschen Bundestag. Protokoll einer historischen Entscheidung, Reinbek bei Hamburg 1984.

37 Die individuelle Leistung Gorbatschows betont Melvyn P. Leffler, *The Beginning and the End: Time, Context and the Cold War*, in: Njølstad, *last decade*, S. 29–59.

38 Evangelista zählt zu Gorbatschows »braintrust« u. a.: Georgii Arbatov, Oleg Bogomov, Anatolii Cherniaev, Gennadii Gerasimov, Georgii Shakhnazarov. Matthew Evangelista, *Transnational Organizations and the Cold War*, in: Melvyn P. Leffler/Odd Arne Westad (Hrsg.), *Cambridge History of the Cold War III: Endings*, Cambridge 2010, S. 400–421, S. 430.

39 William E. Odom, *The Sources of »New Thinking« in Soviet Politics*, in: Njølstad, *The last decade*, S. 135–158.

40 So Melvyn P. Leffler, *For the soul of mankind: The United States, the Soviet Union, and the Cold War*, New York 2007.

41 Beth A. Fischer, *The United States and the Transformation of the Cold War*, in: Njølstad, *The last decade*, S. 226–240. Dort deutlich differenzierter als in ihrer Studie von *The Reagan Reversal*, Columbia 1997.

sie entfaltete mithilfe ihres blockübergreifend inszenierten Expertenstatus symbolpolitische Kraft in und außerhalb der anti-atomaren Friedensbewegung.⁴² Dass aus der Initiative eine internationale Organisation entstand, war aber keineswegs zwangsläufig, sondern entwickelte sich im Wechselverhältnis von internationalem Einfluss, nationalem Kontext, organisationsinternen Faktoren aber auch vorgelagerten Diskussionsfeldern, in denen sich die Ärzte bewegten. Erst in Verbindung sehr unterschiedlicher Perspektiven auf die IPPNW lässt sich ihr zeithistorischer Ort umreißen und ergibt sich somit ein Zugang zur Gesellschaftsgeschichte der 1980er Jahre.

42 Claudia Jenkes, *Friedensbewegung und Medien*, Idstein 1997, S. 25.

I. Vermessung des Themas: Methodik, Forschungsfelder und Akteure

Am Beginn der Überlegungen steht das Verhältnis zwischen Wissen und Moral, eng verbunden mit dem professionellen Hintergrund der Ärzte und konzeptionellen Überlegungen zur Rolle von Expertinnen und Experten. Über diesen Zugang erschließen sich die IPPNW als ein Wissensfeld und ihre Akteurinnen und Akteure als Träger von sozial konstituierten Wissensbeständen und Normen.¹ Geklärt werden muss zudem die Frage, wie sozialwissenschaftliche Ansätze zur Erforschung sozialer Bewegungen, insbesondere der Friedensbewegung, problematisiert und in der historischen Studie zur Anwendung gebracht werden können. Und schließlich stehen internationale Nicht-Regierungsorganisationen im Mittelpunkt und ihre transnationalen und internationalen Handlungsmöglichkeiten.

i. Vertrauen Sie Ihrem Arzt – die IPPNW als Expertenorganisation und moralische Instanz

»Wir beanspruchen nun mal
ein anderes moralisches Prestige
als irgendeine Partei ...«

Horst-Eberhard Richter

Die IPPNW war ein soziales und epistemisches Phänomen, dessen Untersuchung sowohl zu einer erweiterten Medizingeschichte² als auch zu einer kulturhistorischen Professionsgeschichte beiträgt. Dieser Zugriff versteht Profession wie Medizin »weniger als isolierten Untersuchungsgegenstand denn als Katalysator und Kristallisationspunkt politischer und publizistischer Debatten, von Körper-Wissen, Gesellschaftsentwürfen und Welt-Deutungen«. ³ Debatte und Konflikt stehen im Mittelpunkt dieses Untersuchungsschwerpunktes, ausgehend von der Annahme, dass sich Wissenschaft durch Kontroversen konstituiert und die Etablierung von Wissen nicht ohne ihren kontroversen Charakter zu verstehen ist.⁴ Expertenformationen und Expertise nehmen ihre Gestalt und Ordnungskraft im Konflikt an: »Conflict is vital here because the expertise has

- 1 Thomas Mergel/Pascal Maeder/Barbara Lüthi, Einleitung, in: dies. (Hrsg.), *Wozu noch Sozialgeschichte? Eine Disziplin im Umbruch*, Göttingen 2012, S. 7-24, S. 19.
- 2 Malte Thießen, *Medizingeschichte in der Erweiterung. Perspektiven für eine Sozial- und Kulturgeschichte der Moderne*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 53 (2013), S. 535-617.
- 3 Ebd., S. 555.
- 4 Wolf-Andreas Liebert/Marc-Denis Weitze (Hrsg.), *Kontroversen als Schlüssel zur Wissenschaft? Wissenskulturen in sprachlicher Interaktion*, Bielefeld 2006.

often come from different disciplinary backgrounds, and experts have entered into different coalitions with client groups and their interests.«⁵

Ärzte sind nicht per se Experten, aber ihre gesellschaftliche Sonderrolle begünstigt den Statuswandel von Professionsvertretern zu Experten, auch weil beide Formen sich öffentlicher Legitimität sicher sein müssen. Anerkennung erlangt ein Professionsvertreter, weil er oder sie zunächst eine »tendenziell wissenschaftlich fundierte Ausbildung [absolviert hat], in der berufsbezogenes, generalisierbares und theoriehaltiges Wissen zusammen mit ethischen Einstellungen vermittelt« wurde.⁶ Die Profession soll also wissenschaftliches Arkanwissen mit praxisorientierter Expertise vereinen und sich so organisieren, dass ihren Vertretern ein ethisches Verständnis über gute und richtige Berufsausübung vermittelt wird.

Aber nicht allein die Überwindung hoher Wissenshürden macht einen Berufsausübenden zum Professionsvertreter. In der anglo-amerikanischen wie deutschsprachigen Professionssoziologie herrscht weitgehend Einigkeit, dass Professionen in der Gesellschaft als solche anerkannt sein müssen und sie zudem durch ein enges, in der Regel ambivalentes Verhältnis zum Staat gekennzeichnet sind, gerade weil Professionen immer auch ihre eigene Rolle in der Gesellschaft im Blick haben.⁷ Die professionelle Konstitution in Deutschland unterscheidet sich erkennbar von der in Großbritannien oder den USA, da die in Deutschland historisch gewachsene und gepflegte Nähe zwischen Berufsstand und Staat eher »staatlich gebundene freie Berufe« entstehen ließ, während sich diese im Anglo-amerikanischen durch eine deutliche Abgrenzung vom Staat definierten.⁸ Den-

5 Lutz Raphael, *Embedding the Human and Social Sciences in Western Societies, 1880-1980: Reflections on Trends and Methods of Current Research*, in: Kerstin Brückweh/Dirk Schumann/Richard F. Wetzell/Benjamin Ziemann (Hrsg.), *Engineering Society. The Role of the Human and Social Sciences in Modern Societies, 1880-1980*, Basingstoke 2012, S. 41-58, hier S. 45-46.

6 Hannes Siegrist, *Bürgerliche Berufe. Die Professionen und das Bürgertum*, in: ders. (Hrsg.), *Bürgerliche Berufe. Zur Sozialgeschichte der freien und akademischen Berufe im internationalen Vergleich: acht Beiträge*, Göttingen 1988, S. 11-48, hier S. 14.

7 Zum amerikanischen Begriff »professional« vgl. Eliot Freidson, *Der Ärztestand. Berufs- und wissenschaftssoziologische Durchleuchtung einer Profession*, Stuttgart 1979, S. 144-145. Die in der frühen Professionsforschung entwickelten Professionalisierungsstrategien wirkten wiederum als Handlungsleitfäden innerhalb der Professionen; anders ausgedrückt hat die soziologische Theoriebildung zu den »professions« Qualitäten einer »self-fulfilling prophecy« entwickelt. Vgl. Lutz Raphael, *Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts*, in: *Geschichte und Gesellschaft (GuG)* 22 (1996), S. 165-193, hier S. 180. Ähnlich auch Rudolf Stichweh, *Wissen und die Professionen in einer Organisationsgesellschaft*, in: Thomas Klatetzki/Veronika Tacke (Hrsg.), *Organisation und Profession*, Wiesbaden 2005, S. 31-44, der darauf hinweist, dass die Professionssoziologie selbst ein Kind der soziologischen Professionalisierung während der 1930er Jahre war.

8 Ralf Dahrendorf, *In defence of the English profession*, in: *Journal of the Royal Society of Medicine* 77 (1984), S. 176-185. Dahrendorf bezieht sich auf den deutschen Staats- und Völkerrechtler Heinrich Triepel.

noch: In allen Fällen brauchen Staat und Profession einander. Die autonome Selbstverwaltung der Profession verlangt nach Schutz, Privilegien, Unabhängigkeit gewährleistet durch die staatliche Hand, während diese von den Professionen, je nach politischer Situation, Zuarbeit oder Handlungsvollzug einfordert.⁹

Die enge Verbindung zwischen Medizin und Staat entstand sowohl in den USA als auch in Deutschland während der dramatischen sozialen Veränderungen des 19. Jahrhunderts, als die ärztliche Profession ihre »medizinische Dienstleistung zunehmend monopolisieren konnte«.¹⁰ Der demographische und industrielle Wandel, kombiniert mit allen gesundheitlichen Folgen, die vor allem in den urbanisierten Zentren auftraten, ließ eine Situation entstehen, in der Epidemien oder Infektionskrankheiten politische Bedeutung entfalten konnten.¹¹ Im Ausbau der Gesundheitsfürsorge sahen Politiker wie Ärzte deshalb nicht nur eine menschliche, sondern auch politische Notwendigkeit.

Darüber hinaus entwickelte sich der moderne Ärztestand in enger Verbindung mit der modernen Kriegsführung. »Wie die Kriegsführung sich ihrer charismatischen aristokratischen Elemente entledigte, so wurde die Medizin mit Hilfe eines klar definierten Curriculums standardisiert, in dem die wissenschaftliche Ausbildung mehr zählte als das in der Praxis informell weitergegebene Wissen.«¹² Die Erfahrungen der beiden Weltkriege verstärkten zudem medizinpolitische Anstrengungen, Krankheiten vorzubeugen und Patienten so wiederherzustellen, dass sie zu Kriegszwecken eingesetzt werden konnten. Auf der einen Seite bot der Krieg somit vor allem in Deutschland einen zwingenden Rahmen für zunehmend standardisierte und professionelle Verfahren in der Medizin, den die meisten Ärzte staatsloyal ausfüllten.¹³ Auf der anderen Seite erfuhr die Medizin ungeheure politische Aufwertung bzw. wurden ihre Ziele zur politischen Notwendigkeit, die auch über die Kriegszeit hinaus wirkten. Und in dem Maße, wie die Erwartungen an Gesundheit und medizinische Versorgung stiegen, wurde der Krieg medikalisiert, d. h. Gesundheitsmaßnahmen zu einem

9 Maria Malatesta, *Professional men, professional women. The European professions from the 19th century to today*, London 2011, S. 6.

10 Michael Stolberg, *Heilkundige: Professionalisierung und Medikalisation*, in: Norbert Paul (Hrsg.), *Medizingeschichte: Aufgaben, Probleme, Perspektiven*, Frankfurt a. M. 1998, S. 69-86, hier S. 71 und 75.

11 Dorothy Porter, *Introduction*, in: Dorothy Porter (Hrsg.), *Doctors, politics and society. Historical essays*, Amsterdam u. a. 1993, S. 1-29, hier S. 4.

12 Mark Harrison, *Krieg und Medizin im Zeitalter der Moderne*, in: Melissa Lerner/Collee M. Peto/James Schmitz (Hrsg.), *Krieg und Medizin*, Göttingen 2009, S. 11-29, hier S. 11.

13 Die Weltkriege boten Gelegenheitsstrukturen, in denen Ärzte ihr Wissen nicht nur politisch integrierten, sondern auch ihren Status als Experten aufwerteten. Thießen, *Medizingeschichte*, S. 596-599. Vgl. auch Eberhard Wolff, *Mehr als materielle Interessen: Die organisierte Ärzteschaft im Ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik 1914-1933*, in: Robert Jütte (Hrsg.), *Geschichte der deutschen Ärzteschaft. Organisierte Berufs- und Gesundheitspolitik im 19. und 20. Jahrhundert*, Köln 1997, S. 97-142, hier S. 101.

medizinischen wie ideellen Bollwerk des Militärs ausgebaut.¹⁴ Darüber hinaus unterfütterte der medizinische Fortschritt die gesellschaftliche Moral auch über den Krieg hinaus.¹⁵ Ärztliches Selbstverständnis ging einher mit Medikalisierung von Krieg wie Gesellschaft, somit der Ausweitung gesundheits- und krankheitsbezogener Vorstellungen auf soziale Zusammenhänge, die nicht genuin medizinischer Natur waren.¹⁶

Ärztlicher Status erhöhte sich im Laufe der Zeit über politische und gesellschaftliche Anerkennung.¹⁷ Um Letzteres zu erreichen, müssen erbrachte Leistungen, Erfolge und Fortschritte für Laien erkenn- und greifbar sein – das akzentuieren funktionalistische, machttheoretische, systemtheoretische oder interaktionistische Erklärungsmodelle der Professionsforschung. Maßgeblich sind natürlich konkrete medizinische Verbesserungen und Heilungserfolge, aber mit ihnen verbindet sich nicht automatisch Legitimität und Anerkennung. Entscheidend hierfür ist weniger das tatsächliche Wissen als Merkmal professionellen Handelns, sondern seine demonstrierte Anwendung. Damit rücken Rhetorik, Diskurs, Habitus und Ritual in den Mittelpunkt der Professionsbestimmung.¹⁸ Aus einer machttheoretischen Perspektive erlangen Professionen ihren gesellschaftlichen und vor allem sozialen Stellenwert, weil sie gesellschaftliche Zentralwerte wie Recht, Bildung oder Gesundheit zur Legitimation ihres Tuns nutzen können.¹⁹

Differenzierter lenken interaktionistische Ansätze den Blick auf die Herausforderungen, denen sich Professionsvertreter stellen müssen und die sich aus der Kombination von externen, meist hohen Erwartungen und internen, meist rational hergeleiteten Regeln ergeben und zu bestimmten Handlungslogiken führen. Anwälte sehen sich mit der hohen Erwartung konfrontiert, der Gerechtigkeit zum Erfolg zu verhelfen und Ärzte, Kranke zu heilen. In der Regel sind sowohl Anwälte wie Ärzte zunächst mit einer unsicheren, hochkomplexen Ausgangslage konfrontiert, in der sie ihr professionelles Wissen anwenden müssen. Dass dieses anerkannt und im nächsten Schritt ihrem weiteren Handeln

14 Silvia Berger, *Bakterien in Krieg und Frieden: Eine Geschichte der medizinischen Bakteriologie in Deutschland, 1890-1933*, Göttingen 2009, S. 171-172.

15 Harrison, *Krieg und Medizin*, S. 12.

16 Volker Roelcke, *Medikale Kultur: Möglichkeiten und Grenzen der Anwendung eines kulturwissenschaftlichen Konzepts in der Medizingeschichte*, in: Paul, *Medizingeschichte*, S. 45-68, S. 50.

17 Über das Zusammenwirken von elitären Machtstrukturen und »Druck von unten«, der die Monopolstellung ärztlicher Medizin beförderte, vgl. Stolberg, *Heilkundige. Zum gegenwärtigen Ansehen des Arztberufs in Deutschland* vgl. *Allensbacher Berichte 2001/16: Ärzte und Pfarrer weiterhin vorn*, hrsg. vom Institut für Demoskopie Allensbach. Online http://www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_reportsdocs/prd_0116.pdf [22.2.2016].

18 Michael Burrage/Konrad H Jarausch/Hannes Siegrist, *An actor-based framework for the study of the professions*, in: Michael Burrage (Hrsg.), *Professions in theory and history. Rethinking the study of the professions*, London 1990, S. 203-225, hier S. 215-216.

19 Harald Mieg/Michaela Pfadenhauer (Hrsg.), *Professionelle Leistung – Professional Performance. Positionen der Professionssoziologie*, Konstanz 2003, S. 31.

Vertrauen entgegengebracht wird, hängt zum großen Teil davon ab, wie stark die altruistischen, am Allgemeinwohl orientierten Motive der Profession von Kollegen und Laien akzeptiert werden.²⁰ Da professionelles Wissen im Moment der Anwendung von Laien kaum überprüft werden kann, bilden inszenierende Elemente zur Vertrauensbildung ein Substitut:²¹ Sprechstunden oder bildgebende Verfahren beim Arzt, Aktenstudium und Prozessroutinen beim Anwalt markieren für interne wie externe Beobachter der Profession die »Bühnenarbeit« des professionellen Handelns.²²

Neben der soziologischen Dimension, in der die soziale Praxis den Status des Arztes bestimmt, existiert auch eine begriffs- und ideengeschichtliche Dimension, durch die das Bild des Arztes nachhaltig geprägt ist. Als sich im 19. Jahrhundert nicht nur die Medizin, sondern weitgehend alle Wissensberufe professionalisierten und technifizierten, erweiterten sich auch öffentlich popularisierte Vorstellungen von den Möglichkeiten naturwissenschaftlicher Kompetenz.²³ Ließ sich das komplexe Staats- und Gesellschaftsgebilde nicht sogar besser von unpolitischen Männern der Naturwissenschaft rational beurteilen und lenken? Die Arztmetapher funktionierte in der Politik so gut, weil sie seit der Antike mit einem Nimbus des Überpersönlichen versehen war, das sich in der Regel aus dem Hippokratischen Eid zu ergeben schien. Nicht nur konnte der »Staatsmann als Arzt am Krankenbett der Gesellschaft« beschrieben werden, sondern Ärzte galten sogar als die besseren Staatsmänner.²⁴ In der Ärzteschaft schienen sich wie in kaum einer anderen Berufsgruppe historisch-ethische Überlieferung, gesellschaftliche Bedeutung und praktischer Bezug zu vereinen, womit eine Kompetenz impliziert war, die über die rein leibliche Zuständigkeit hinauszugehen vermochte und die sich auf das Politische übertragen ließ. In der politischen Kommunikation gehörte neben dem Hirten und dem Steuermann der Arzt zur

20 Die Organisationssoziologie spricht vom »social trustee model«, nach dem Professionsvertreter vorgehen. Richard Scott, *Evolving Professions: An Institutional Field Approach*, in: Klatetzki/Tacke, *Organisation und Profession*, S. 119-141, hier S. 125.

21 Rudolf Stichweh, *Wissen und die Professionen in einer Organisationsgesellschaft*, in: Klatetzki/Tacke, *Organisation und Profession*, S. 31-44, hier S. 38.

22 »Der Professionelle muss dabei in der Lage sein, die unterschiedlichen Erwartungen zu antizipieren, die von verschiedenen Seiten an ihn gestellt werden, d. h. seine jeweilige Leistungsinzenierung adressatenbezogen darzubieten.« Michaela Pfadenhauer, *Macht – Funktion – Leistung. Zur Korrespondenz von Eliten- und Professions-theorien*, in: Mieg/Pfadenhauer, *Professionelle Leistung*, S. 71-87, hier S. 86. Vgl. auch Mieg/Pfadenhauer, *Professionelle Leistung – Professional*, S. 36.

23 Andreas W. Daum, *Wissenschaftspopularisierung im 19. Jahrhundert: Bürgerliche Kultur, naturwissenschaftliche Bildung und die deutsche Öffentlichkeit, 1848-1914*, München 2002.

24 Constantin Goschler, *Rudolf Virchow: Mediziner, Anthropologe, Politiker*, Köln 2002, S. 287. Zur Verwendung seit der Antike vgl. Dietmar Peil, *Untersuchungen zur Staats- und Herrschaftsmetaphorik in literarischen Zeugnissen von der Antike bis zur Gegenwart*, München 1983, S. 307 und S. 431-445. Vgl. auch zur öffentlichen Rolle von Wissenschaftlern im Atomzeitalter Cathryn Carson, *Heisenberg in the atomic age. Science and the public sphere*, Washington, D. C., Cambridge, New York 2010.

oft bemühten Figur, die Nervenstärke, Entschlossenheit, Geschick und Gelassenheit suggerierte.²⁵

Die vermeintlich unpolitische Profession²⁶ der Ärzte wirkte mit am Bild des rationalen Experten, der sich nicht von Interessen, sondern nur von der medizinischen Notsituation leiten ließ. Aber zum einen können solche Notsituationen je nach Definition weit in das politische Feld hineinreichen, und zum anderen hat das Konzept der ärztlichen Neutralität wiederum politische Ursachen: es geht auf praktische Probleme im Sanitätsdienst zurück und wurde im Zuge der Völkerrechtsdiskussion etabliert, um Ärzte während der medizinischen Versorgung in Kriegssituationen zu schützen.²⁷ Die medizinische Priorität der Leidenslinderung²⁸ sagt also wenig darüber aus, wie sich die zu Grunde liegende politische Neutralität der Ärzteschaft definiert. Mit dem ahistorischen und rechtlich nicht bindenden ethischen Verweis auf das Wohl des Patienten können sich unterschiedliche Interpretationen der medizinischen Notwendigkeit verbinden, so dass sich ärztliche Neutralität relational zur politischen und sozialen Wirklichkeit und zur kulturellen Prägung verhält und sie immer auch Interpretationsergebnis jeweiliger ärztlicher Denkkollektive ist.²⁹ Anders ausgedrückt, gibt es keine absolute Neutralität des ärztlichen Handelns.³⁰

Das von Definitionen und Positionen durchzogene medizinische Feld braucht verbindliche Orientierungspunkte, auf die allgemeinverständlich und mit moralischer Autorität verwiesen werden kann. Der Hippokratische Eid und seit 1948 das Genfer Gelöbniß³¹ bieten solche Orientierung und bilden einen festen

25 Herfried Münkler, *Politische Bilder, Politik der Metaphern*, Frankfurt a.M. 1994, S. 125.

26 Tobias Weidner, *Die unpolitische Profession. Deutsche Mediziner im langen 19. Jahrhundert*, Frankfurt a.M. 2012. Vgl. auch Claudia Kemper, »Wir werden euch nicht helfen können.« Medizinische Ethik und atomare Bedrohung zu Beginn der 1980er Jahre, in: Bernhard/Nehring (Hrsg.), *Den Kalten Krieg denken*, S. 307-335.

27 British Medical Association, *The medical profession and human rights. Handbook for a changing agenda*, London 2001, 244; Emily Crawford, *The treatment of combatants and insurgents under the law of armed conflict*, Oxford 2010.

28 Klaus Bergdolt, *Das Gewissen der Medizin. Ärztliche Moral von der Antike bis heute*, München 2004, S. 50.

29 Über die sozialen Bedingungen kollektiver Erkenntnis vgl. Ludwik Fleck, *Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv*, Frankfurt a.M. 1993, S. 57-70.

30 Justin M. List, *Medical Neutrality and Political Activism: Physicians' Role in Conflict Situations*, in: Fritz Allhoff (Hrsg.), *Physicians at War. The Dual-Loyalties Challenge*, Dordrecht, Berlin, Heidelberg 2008, S. 237-253, hier S. 244. Vgl. auch zeitgenössische Diskussionen: Johanna Bleker, *Die Diskussion über Medizin und Krieg in der Bundesrepublik nach 1945. Ein Überblick*, in: Johanna Bleker/Heinz-Peter Schmiedebach/Christine Eckelmann (Hrsg.), *Medizin und Krieg. Vom Dilemma der Heilberufe, 1865 bis 1985*, Frankfurt a.M. 1987, S. 232-255.

31 1948 verabschiedete der Weltärztebund die Genfer Deklaration, auch bekannt als Genfer Gelöbniß. Mehrfach revidiert, gilt die Deklaration als eine zeitgemäße Form der ethischen Verpflichtungserklärung für Ärzte.

Bestandteil sowohl des ärztlichen Selbstverständnisses als auch der Projektionen von Laien. Seine verbindliche Kraft erreichte der Eid aber weniger durch seinen Inhalt als vielmehr durch den ihn umgebenden Mythos.³² An dessen Entstehung waren schon antike Gelehrte beteiligt, die das späthellenistische Textkonvolut nicht mehreren Autoren, sondern einem einzigen bekannten Arzt ihrer Zeit zuschrieben.³³ Der Hippokratische Eid bietet einen kontextabhängigen Rahmen, in dem sich ärztliches Verhalten positioniert und als »sittlich anerkannt« wird.³⁴ Ein solches ärztliches Idealbild ist aber »stets die Rückprojektion des späteren Hippokrates-Mythos in klassische Zeit gewesen und damit zugleich ein in die Geschichte verlegtes Idealbild der eigenen medizinischen Realität.«³⁵

Parallel zur Professionalisierung des Arztberufes wuchs die Bedeutung des mythisch aufgeladenen Eides. In den USA vollzog sich die Kodifizierung der Medizin aus marktrechtlichen Gründen und zudem ganz unter dem Eindruck der nationalen Unabhängigkeitsbewegung. Hatten sich die medizinischen Schulen bis Mitte des 19. Jahrhunderts darauf konzentriert, ärztlich korrektes Verhalten aus der individuellen Moralität des Arztes abzuleiten, entwickelte sich nun die Vorstellung einer vorgelagerten professionellen Moral, an der sich Ärzte zu orientieren haben.³⁶ Den 1847 erstellten *Code of Ethics* zelebrierte die American Medical Association (AMA) deshalb nicht nur als den Beginn ihrer Selbstregulierung, sondern auch als medizinethische Deklaration im Sinne der Unabhängigkeitserklärung.³⁷

In Deutschland wurde Anfang des 20. Jahrhunderts der Hippokratische Eid wieder zu einem »attraktiven Etikett, mit dem sich unterschiedliche Richtungen der Medizin schmückten.«³⁸ Sein Interpretationsrahmen war weit, so dass sich auch während des Nationalsozialismus ärztliches Tun auf Hippokrates berief, wobei damit kritische oder auch befürwortende Einstellungen zur Euthanasie verbunden sein konnten. Auch nach 1945 blieb die Kraft des Mythos ungebro-

32 Karl-Heinz Leven, Der Hippokratische Eid im 20. Jahrhundert, in: Richard Toellner (Hrsg.), *Geschichte und Ethik in der Medizin. Von den Schwierigkeiten einer Kooperation, Dokumentation der Jahresversammlung des Arbeitskreises Medizinischer Ethik-Kommissionen in der Bundesrepublik Deutschland*, Köln, Stuttgart 1997, S. 111-129, hier S. 125.

33 Karl-Heinz Leven, Die Erfindung des Hippokrates – Eid, Roman und Corpus Hippocraticum, in: Ulrich Tröhler/Stella Reiter-Theil/Eckhard Herych (Hrsg.), *Ethik und Medizin, 1947-1997. Was leistet die Kodifizierung von Ethik?*, Göttingen 1997, S. 19-40, S. 22.

34 Bernhard Irrgang, *Grundriß der medizinischen Ethik*, München u. a. 1995, S. 14. Vgl. auch Annette Drees, *Die Ärzte auf dem Weg zu Prestige und Wohlstand. Sozialgeschichte der württembergischen Ärzte im 19. Jahrhundert*, Münster 1988, S. 178.

35 Leven, *Die Erfindung*, S. 27.

36 Robert B. Baker/Arthur L. Caplan/Linda L. Emanuel/Stephen R. Latham, Introduction, in: Robert B. Baker (Hrsg.), *The American medical ethics revolution. How the AMA's code of ethics has transformed physicians' relationships to patients, professionals, and society*, Baltimore, London 1999, xiii-xxxiv, xvi.

37 Ebd., xxi.

38 Leven, *Die Erfindung*, S. 31.

chen und somit die Vorstellung, richtiges Arzttum ließe sich moralisch eindeutig verorten: in ihrer Deklaration von Genf aus dem Jahr 1948 orientierte sich die World Medical Association am Wortlaut des Hippokratischen Eides. Jeder folgende technische Fortschritt, von der Entdeckung der DNA 1953 über die erste Herztransplantation 1967 bis zur Implantation embryonaler Eizellen Ende der 1970er Jahre, berührte den medizinethischen Kern des Eides, dessen Verbindlichkeit umso dringender erschien.³⁹ Je disparater die ethischen Herausforderungen der Medizin wurden, wenn es etwa um Fragen ging, wann menschliches Leben begann und wann es endete, desto selbstverständlicher entwickelte sich der Hippokratische Eid zu einem moralischen Ideal, auf das jeder angehende Arzt einen Schwur ablegte.

Auch die IPPNW bezog sich auf den Hippokratischen Eid und seinen Imperativ, zum Wohl der Patienten zu handeln. Zudem profitierte sie von einer Akzentverschiebung seit den 1960er Jahren, mit der die Autonomie und Rechte des Patienten in den Blick rückten, dessen Zustimmung ein verantwortungsvoll handelnder Arzt immer im Blick haben sollte.⁴⁰ Als »moralisches Unternehmen«⁴¹ konnte die IPPNW den Hippokratischen Eid für die interne Bindung und äußere Glaubwürdigkeit nutzen, denn er unterstrich das Interesse der Ärzte am Patienten, ergo an der Gesellschaft. Walter Jens attestierte den Ärzten in einer vielbeachteten Rede, der Eid sei keine abstrakte Formel, sondern biete die Möglichkeit für ein »Gesetz der freiwilligen Selbst-Erschwerung«.⁴² Da der Arzt-Beruf alle Kompetenzen und Verpflichtungen aufweise, die eine umfassende Erkenntnis gesellschaftlicher Zusammenhänge ermöglicht, vor allem in ihren krankhaften Ausprägungen, seien Ärzte mehr als andere dazu aufgerufen, ihr berufliches Tun nicht isoliert zu betrachten.

Moralisches Verhalten wurde hier mit der Verantwortung für das eigene, immer folgenreiche Tun begründet, womit ein weiterer Begriff des wissenschaftlichen Habitus zu diskutieren ist. Versteht man Verantwortung als ein Instrument zur Gradmessung professionellen Handelns, nicht zuletzt bekannt als Unterscheidung von Gesinnungs- oder Verantwortungsethik,⁴³ erschließt sich, wie zeit- und gruppengebunden der Begriff ist.⁴⁴

Beispielhaft begründete schon die Vorläuferorganisation der IPPNW, die Physicians for Social Responsibility (PSR), ihr Engagement mit dem Verantwortungsprinzip. Sie integrierte den Zweifel an einer technischen Allmacht, ohne die Überlegenheit des wissenschaftlichen Prinzips in Frage zu stellen.

39 Albert R. Jonsen, *A short history of medical ethics*, New York u. a. 2000, S. 99-115.

40 Klaus Steigleder, *Moral, Ethik, Medizinethik*, in: Stefan Schulz/Klaus Steigleder/Heiner Fangerau/Norbert W. Paul (Hrsg.), *Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin: Eine Einführung*, Frankfurt a. M. 2006, S. 15-45, hier S. 29.

41 Janina Curbach, *Global Governance und NGOs. Transnationale Zivilgesellschaft in internationalen Politiknetzwerken*, Opladen 2003, S. 59.

42 Walter Jens, *Hippokrates und Holocaust*, in: *DIE ZEIT*, 18.5.1984.

43 Max Weber, *Politik als Beruf*, Berlin 2010, S. 56-64.

44 Carson, Heisenberg.

Vielmehr rückte sie die individuelle Ausübung und Verantwortung angesichts wissenschaftlicher Kenntnisse in den Mittelpunkt. Die PSR-Gründer Bernard Lown, Victor Sidel und Jack Geiger hatten sich nicht als politische Opposition verstanden, sondern als ein wissenschaftlicher Aufklärungszirkel, der mit Daten staatlicher Behörden arbeitete. Ausgehend von der Beobachtung, dass die bloße Existenz von Daten nicht automatisch zu einem gesteigerten öffentlichen Interesse führte, entwarf die 1962 gegründete PSR ein Atomkatastrophen-Szenario für Massachusetts auf der Grundlage aktueller Erhebungen des »Joint Congressional committee on Nuclear Energy«. ⁴⁵ Der PSR lag daran, eine existentielle Problematik zu thematisieren, aber mehr noch reizte die Ärzte eine professionelle Herausforderung »to take the incomprehensible and give it scientific credibility«. ⁴⁶ Die Männer verstanden ihr Engagement primär als Ausdruck ihres professionellen Selbstverständnisses, das aus einer recht dynamischen Gemengelage von Vermittlungs- und Aufklärungsdrang, Verantwortung und moralischer Verpflichtung erwuchs.

Das problematische Verhältnis von wissenschaftlicher Verantwortung und politischer Entscheidung wurde in der Bundesrepublik seit den 1950er Jahren von prominenten Wissenschaftlern wie Carl Friedrich von Weizsäcker diskutiert und genutzt, um Politik durch wissenschaftliche Erkenntnis abzusichern. ⁴⁷ Indem sich seit den 1970er Jahren die Kategorie des Politischen veränderte, erlebte auch das Thema Verantwortung eine Konjunktur, über das sich Wissenschaftler positionierten. ⁴⁸ Das Verantwortungsgefühl atomwaffenkritischer Wissenschaftler speiste sich zwar auch aus politischen Motiven, wurde aber vor allem mit einer professionellen Haltung begründet, nach der sich Wissenschaftler für die »Integrität des professionellen Verfahrens« verantwortlich fühlten. ⁴⁹ Mit dem Verweis wurden nicht nur traditionell verwendete Merkmale professionellen Handelns aufgegriffen und ein habitueller Rahmen abgesteckt. Darüber hinaus entstand ein Bild, das sowohl inner- wie außerhalb der *scientific community* eine Funktion erfüllte, denn es erklärte professionelles Verhalten nicht nur mit der erbrachten kundigen Leistung, sondern mit ihr verbundenen Werten.

Die Verantwortungsdiskussion blieb nicht auf wissenschaftliche Prinzipien beschränkt, sondern schloss immer auch Wahrnehmungen und Verständnis der technologischen Hochmoderne ein. So forderten vor allem Physiker oder In-

45 Victor W. Sidel/Jack Geiger/Bernard Lown, The physician's role in the post-attack period, in: New England Journal of Medicine 266, 31.5.1962, S. 1126-1155.

46 Lown, Prescription for survival, S. 9.

47 Elke Seefried, Politische Verantwortung des Wissenschaftlers. Carl Friedrich von Weizsäcker, Politik und Öffentlichkeit im Kalten Krieg, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht (GWU) 65, 2014, S. 177-195.

48 Corinna Hauswedell, Friedenswissenschaften im Kalten Krieg. Friedensforschung und friedenswissenschaftliche Initiativen in der Bundesrepublik Deutschland in den achtziger Jahren, Baden-Baden 1997, S. 202. Hauswedell verweist auf sozialpsychologische Studien, u. a. Gerhard Handschuh, Die gesellschaftliche Verantwortung der Wissenschaftler, Frankfurt a. M., Münster 1982.

49 Freidson, Der Ärztestand, S. 136.

formatiker eine »Verantwortung im Beruf«, da sie ihr Fach in der Gefahr sahen, zunehmend Spezialisten auszubilden, die nicht in der Lage seien, »die größeren Zusammenhänge« ihres Tuns zu verstehen.⁵⁰ Appelle an die wissenschaftliche, gesellschaftliche oder auch menschliche Verantwortung waren in Europa, zumal in Westdeutschland, auch mit Abgrenzungen von bislang vermeintlich unhinterfragt übernommenen technologischen Standards aus den USA verbunden.⁵¹ Typischerweise kam die Inspiration zu solcher Kritik aber nicht zuletzt aus den USA selbst, wie etwa mit der Veröffentlichung des Club of Rome über die Grenzen des Wachstums.⁵² Beispielhafte Argumente lieferte auch die UN-Kernwaffen-Studie von 1980 »General and Complete Disarmament: Comprehensive Study on Nuclear Weapons«, die 1982 in deutscher Übersetzung erschien.⁵³ Darin wurde das »prekäre Gleichgewicht der Abschreckung« als eine fatale Verkettung technologischer Sachzwänge interpretiert, mit denen die politischen Basiskompetenzen wie Kooperation, Vertrauen und demokratische Willensbildung entpolitisiert würden.⁵⁴ Erst eine wissenschaftlich verantwortungsvoll abgesicherte Entscheidung konnte demnach Politik wieder handlungsfähig machen.

Innerhalb der Friedensbewegung der 1980er Jahre lässt sich die Rolle von Moral und Verantwortung nicht ohne die Bedeutung von Experten als Stellvertreter und Übersetzer verstehen. Der Experten-Begriff verweist schon auf die doppelte Natur der ausgeübten Tätigkeit, denn dem Wortstamm nach vereint der Experte sowohl die eigene Unbeteiligtheit mit der notwendigen Erfahrung in der Sache. Der vermeintlich unpolitische Charakter des gleichwohl mit den Problemen der modernen Welt vertrauten Experten ergab sich aus seiner Entstehung in den sich ausdifferenzierenden Sozialsystemen, in denen nicht mehr nur intellektuelle

50 Verantwortung im Beruf. Ein »hippokratischer Eid« für Naturwissenschaftler und Techniker? Ein Rundtischgespräch der »Blätter« mit Werner Buckel/Christian Floyd/Frank von Hippel/Hugh DeWitt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Sonderdruck Nr. 344 aus Heft 2/1987. Die Diskussion war hinsichtlich der Atomtechnik nicht neu, konzentrierte sich in den 1980er Jahren aber stark auf curriculare und professionsinterne Regelungen. In der Bundesrepublik war die Diskussion maßgeblich von Günter Anders schon in den 1960er Jahren angefacht worden. Er hatte als einzigen Ausweg aus dem Dilemma, in dem sich vor allem Grundlagenforschung befand, den Weg in die Opposition genannt. Günther Anders, Der Hippokratische Eid. Erwägungen zum Problem des »Produktstreites« (1963), in: ders., Die atomare Drohung. Radikale Überlegungen zum atomaren Zeitalter, München 2003 (Originalausgabe 1981), S. 136-167.

51 Philipp Gassert, Antiamerikaner? Die deutsche Neue Linke und die USA, in: Jan C. Behrends (Hrsg.), Antiamerikanismus im 20. Jahrhundert. Studien zu Ost- und Westeuropa, Bonn 2005, S. 250-269, S. 269. Diese Einschätzung im Unterschied zu Günter Behrmann, Antiamerikanismus in der Bundesrepublik: 1966-1984, in: Amerikastudien 31 (1986), S. 341-353.

52 The Club of Rome (Hrsg.), The Limits of Growth. A Report for the Club of Rome's Project on the Predicament of Mankind, New York 1972.

53 Detlev-Lothar Baehren (Hrsg.), Die UNO-Studie. Kernwaffen; vollständiger Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, München 1982.

54 Ebd., S. 198-210.

Generalisten gefragt waren, sondern Kenner und Vermittler von anwendungsorientiertem Wissen.⁵⁵

Experten stehen in der Öffentlichkeit, bewegen sich aber gleichzeitig innerhalb der *scientific community* und handeln nach wissenschaftlichen Regeln,⁵⁶ und ihre Expertise bildet eine anwendungsorientierte Schnittstelle zwischen dem Arkanwissen der »Eingeweihten« und seiner öffentlichen Notwendigkeit.⁵⁷ Deshalb konnten sich Experten, also Ärzte, Ingenieure oder seit Beginn des 20. Jahrhunderts Sozialwissenschaftler und Psychologen zu Referenzfiguren für Politik und Öffentlichkeit entwickeln, auf die zur Aufklärung in problematischen, komplexen oder krisenhaften Situationen zurückgegriffen wurde.⁵⁸ In der Regel arbeiten Experten an der fortgesetzten »Bezwingung von krisenhaften Lagen«,⁵⁹ somit auch an der Plausibilisierung eigenen Handelns in komplexer Gemengelage. Der Experte schlägt Sichtschneisen, wo der Einzelne sich entweder überfordert sieht oder er sich noch gar nicht im Klaren darüber ist, dass die Situation einer lösungsorientierten Handlung bedarf.

Experten betreten ihre Bühne somit nicht erst, wenn Expertise verlangt wird. Vielmehr nehmen sie aktiven Anteil an der Herstellung von Nachfrage, indem sie notwendiges Wissen reklamieren und so die Arbeits- und Themenfelder schaffen, in denen sie dann beratend tätig werden.⁶⁰ Schließlich kann der beratende Experte nur dann Ursache und Wirkung plausibel aufeinander beziehen, wenn er das Problem und zugleich die Lösung anbietet.

Der Experte steht daher in einem latent ambivalenten Verhältnis zur Öffentlichkeit. Am Beispiel der Ärzte zeigt sich, wie dieses Verhältnis auch durch Verbindung der unpersönlichen Autorität des Wissenschaftlers mit der persönlichen Autorität des ärztlichen Vertrauensverhältnisses bestimmt wurde. Der Arzt als Experte muss in einem Modus der intimen Distanz agieren, wenn er sich in seiner Praxis als auch in der gesellschaftlichen Debatte an »Laien« wendet –

55 Beatrice Schumacher/Thomas Busset, »Der Experte: Aufstieg einer Figur der Wahrheit und des Wissens. L'expert: l'ascension d'une figure de la vérité et du savoir, in: *Traverse: Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire* 8 (2001), S. 15-26.

56 Ronald Hitzler/Anne Honer/Christoph Maeder (Hrsg.), *Expertenwissen. Die institutionalisierte Kompetenz zur Konstruktion von Wirklichkeit*, Opladen 1994; Thomas F. Gieryn, *Cultural boundaries of science. Credibility on the line*, Chicago 1999.

57 Eric J. Engstrom (Hrsg.), *Figurationen des Experten. Ambivalenzen der wissenschaftlichen Expertise im ausgehenden 18. und frühen 19. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. 2005.

58 Elke Kurz-Milcke/Gerd Gigerenzer (Hrsg.), *Experts in Science and Society*, Boston 2004; Margit Szöllösi-Janze, *Der Wissenschaftler als Experte: Kooperationsverhältnisse von Staat, Militär, Wirtschaft und Wissenschaft 1914-1933*, in: Doris Kaufmann (Hrsg.), *Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung*, Göttingen 2000, S. 46-64.

59 Sabine Maasen, *Das beratene Selbst. Zur Genealogie der Therapeutisierung in den »langen« Siebzigern: Eine Perspektivierung*, in: Sabine Maasen/Jens Elberfeld/Pascal Eitler/Maik Tändler (Hrsg.), *Das beratene Selbst. Zur Genealogie der Therapeutisierung in den »langen« Siebzigern*, Bielefeld 2011, S. 7-33, hier S. 23.

60 Lorenz J. Finison, *Unemployment, Politics, and the History of Organized Psychology*, in: *American Psychologist* 31 (1976), S. 747-755.

im Zweifel an den »gut informierten Bürger« oder den »Mann auf der Straße«. ⁶¹ Da der Experte nur durch sein Gegenüber existiert, der die »spezielle Expertise zur Lösung seiner Probleme heranzieht«, muss er diese für Laien verständlich präsentieren. ⁶²

Sowohl in der Figur des Experten als auch in seiner Expertise zeigt sich im nächsten Schritt ein ebenso latentes Spannungsverhältnis zwischen Verheißung und Abschreckung der technologischen Moderne: »On the one hand, images of scientific and technical competence create utopian hopes of technological feasibility, on the other hand, these same images provoke fears of an alienating, impersonal society.« ⁶³ Problem- und Lösungskompetenz können demnach für Angsterzeugung wie Erlösungsversprechen sorgen.

Die (auch) von Experten angebotene selbsterzeugte Notwendigkeit und ihre öffentliche Relevanz bildete spätestens im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts ein konstitutives Element im Verhältnis von Staat und Gesellschaft. ⁶⁴ Es bleibt schwierig zu rekonstruieren, welchen Einfluss Experten auf das policy making nahmen, ⁶⁵ in jedem Fall hatten sie offensichtlichen Anteil an der »distribution of knowledge and its transfers from the field of science to the sphere of politics«. ⁶⁶ Experten boten nicht nur Wissen an, sondern agierten innerhalb des politischen und sozialen Systems und verwissenschaftlichten dort Wahrnehmungen und Bewertungen von Ereignissen, von Unwägbarkeiten und Unsicherheiten. ⁶⁷

Kaum verwunderlich bedingte der medial geförderte Aufstieg des Experten, der Regierungshandeln oder staatliche Maßnahmen beriet und in öffentliche Sprache umsetzte, auch das Aufkommen von »Gegen-Experten«. ⁶⁸ Der Begriff bezieht sich in der Regel auf seine Position in wissenschaftlichen Kontroversen,

61 Hans Peter Peters, Wissenschaftliche Experten in der öffentlichen Kommunikation über Technik, Umwelt und Risiken, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (KZfSS) (1994), S. 162-190.

62 Ebd., S. 166.

63 Michael Hau, The Humane Expert: The Crisis of Modern Medicine during the Weimar Republic, in: Kurz-Milcke/Gigerenzer, Experts in Science and Society, S. 105-122, hier S. 122.

64 Maasen, Das beratene Selbst, S. 22-23.

65 Eine empirische Herleitung bei Steven Brint, Rethinking the Policy Influence of Expert: From General Characterizations to Analysis of Variation, in: Sociological Forum 5 (1990), S. 361-385.

66 Gabriele Metzler, The Integration of Social Science Expertise into the Political Process: Did it actually happen?, in: Kurz-Milcke/Gigerenzer (Hrsg.), Experts, S. 47-63, hier S. 48.

67 Lutz Raphael nennt in seinem grundlegenden Aufsatz zum Thema vier Phasen seit Beginn des 19. Jh., während der sich die dauerhafte Präsenz humanwissenschaftlicher Expertise entwickelte. Vgl. Raphael, Verwissenschaftlichung, S. 171-179. Vgl. auch Wilfried Rudloff, Expertenkommissionen, Masterpläne und Modellprogramme. Die bundesdeutsche Psychiatriereform als Paradefall ›verwissenschaftlichter‹ Politik?, in: Archiv für Sozialgeschichte 50 (2010), S. 169-216.

68 Bernd-A. Rusinek, Die Rolle der Experten in der Atompolitik am Beispiel der Deutschen Atomkommission, in: Stefan Fisch/Wilfried Rudloff (Hrsg.), Experten und

wo der »Gegen-Experte« als nonkonformer oder regierungsferner Gegenspieler auftritt.⁶⁹ Historisch wird hieran der konstatierte Übergang zur Wissensgesellschaft markiert,⁷⁰ mit der seit den 1960er Jahren die ökonomische Bedeutung von Wissen wuchs, aber zugleich die lange Wachstumsphase des kulminierten Wissens zu einem Ende kam, weil sich keine Planungssicherheit einstellte.⁷¹ Jedoch kann die Kategorie nur bedingt die Ausdifferenzierung des Expertentums erfassen, mit der sich Problem- und Lösungsanalysen vor allem beschleunigten und vervielfältigten.⁷² Als soziale Formation gab es nicht dort den Experten und hier seinen Gegenentwurf, sondern divergierende Expertisen und Experten innerhalb derselben Wissensfelder. Experten folgen wissenschaftlichen Regeln und agieren gleichzeitig in komplexen öffentlichen Arenen, wo sie unterschiedliche Werturteile und Schlussfolgerungen anbieten.⁷³ Voneinander abweichende Meinungen gehörten in der Wissensgesellschaft zunehmend zu den Eigentümlichkeiten des verhandelten Expertenwissens. Ob ein Experte als Abweichler eingestuft wurde, hing aber weniger vom präsentierten Wissen ab, als vielmehr »von der Verfassung des Kollektivs [...], dem der Abweichler zugehört und das über ihn wacht«.⁷⁴ Diese permanente und öffentlich sichtbare Aushandlung trug nicht nur dazu bei, die Figur des Experten zu entmystifizieren, sondern den abweichenden Experten zum Normalfall werden zu lassen.⁷⁵

Die öffentliche Bedeutung divergierender, interessegeleiteter und mehrfach möglicher Expertenschlüsse stieg seit den 1970er Jahren.⁷⁶ Der Fall der

Politik. Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive, Berlin 2004, S. 189-210.

69 Vgl. die zeitgenössische Zuschreibung des Gegen-Experten als demokratisierendes Element zum bürokratisch vereinnahmten Experten: Bernhard Badura, Gegenexpertise als wissenschaftssoziologisches und wissenschaftspolitisches Problem, in: Soziale Welt 31 (1980), S. 459-473.

70 Christiane Reinecke, Wissensgesellschaft und Informationsgesellschaft. Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11. 2.2010, <http://docupedia.de/zg/Wissensgesellschaft?oldid=84670> [14.11.2013].

71 Raphael, Verwissenschaftlichung, S. 178.

72 Wilfried Rudloff, Einleitung: Politikberatung als Gegenstand historischer Betrachtung, in: Fisch/Rudloff, Experten und Politik, S. 13-57, hier S. 28-29.

73 Dies diskutiert auch Rebentisch mit Blick auf klassische Demokratietheoretiker, die mit zunehmenden Positionswechseln von Experten auch den Begriff der Öffentlichkeit in Frage stellen. Juliane Rebentisch: Der schwache Bürger, die unreine Souveränität und das Phantom der Öffentlichkeit, in: Mittelweg 36, 24 (April-Mai 2015), S. 74-91.

74 Helmut Dahmer, Divergenzen. Holocaust, Psychoanalyse, Utopia, Münster 2009, S. 9.

75 Albrecht Weisker, Expertenvertrauen gegen Zukunftsangst. Zur Risikowahrnehmung der Kernenergie, in: Ute Frevert (Hrsg.), Vertrauen. Historische Annäherungen, Göttingen 2003, S. 394-421, hier S. 418.

76 Von »divergierenden Orientierungen«, die am Ende der »technokratischen Hochmoderne« an Bedeutung gewannen, sprechen Uwe Fraunholz/Detlev Fritsche/Anke Woschek, Grenzen der Technikgläubigkeit? Konkurrierende Deutungen von Atomkraft im Übergang von der Technokratischen Hochmoderne zur Reflexiven Moderne, in: Stephan Dreischer/Christoph Lundgreen/Sylka Scholz/Daniel Schulz (Hrsg.), Jenseits der Geltung. Konkurrierende Transzendenzbehauptungen von der Antike bis zur

Atomenergie zeigt eindrucksvoll, wie wenig sich die Richtigkeit einer Aussage noch aus dem formalen Status des Experten ableiten ließ, dessen Wissen sich so »nachdrücklich vernutzt und verschlissen« hatte.⁷⁷ Risikobewertung war keine rein wissenschaftliche, sondern zunehmend eine politische Angelegenheit. Folgerichtig wandelten sich auch Prozesse und Formen, mit denen die eigene Aussage vertrauensvoll positioniert werden musste.⁷⁸

Damit verbundene Entwicklungen in der Medien- und Wissensgesellschaft trugen dazu bei, wissenschaftlich-technische Kontroversen massentauglich auszutragen. Schon mit den spektakulär neuen Bildern von Protesten der Bürgerrechts- oder Studentenbewegungen etablierte sich ab Ende der 1960er Jahre die körperlich inszenierte Kontroverse als Medienereignis.⁷⁹ Ab der zweiten Hälfte der 1970er Jahre kam in der medialen Kommunikation eine deutlichere Risikosensibilität hinzu. In der Medienlogik mussten nicht nur akute Konflikte und Katastrophen, sondern ihre Potenziale, also ihre Risiken, sichtbar gemacht werden.⁸⁰ Paradigmatischer Fall für die neue Qualität von Risikokommunikation und ihre Konstellation aus Wissenschaft, Öffentlichkeit und Medien war sicherlich die Debatte um das Waldsterben zu Beginn der 1980er Jahre.⁸¹

Gegenwart, Berlin 2013, S. 406-426, hier S. 407. Zum Verfahren vgl. Wolfgang van den Daele, Objektives Wissen als politische Ressource: Experten und Gegen-Experten im Diskurs, in: ders. (Hrsg.), Kommunikation und Entscheidung. Politische Funktionen öffentlicher Meinungsbildung und diskursiver Verfahren, Berlin 1996, S. 297-326.

77 Rusinek, Die Rolle, S. 209.

78 Peters, Wissenschaftliche Experten.

79 Kathrin Fahlenbrach/Erling Sivertsen/Rolf Werenskjold (Hrsg.), Media and revolt. Strategies and performances from the 1960s to the present, New York 2014.

80 Eleanor Singer/Phyllis M. Endreny, Reporting on risk. How the mass media portray accidents, diseases, disasters, and other hazards, New York 1993, S. 101-102. Vor allem die Situationen, die im Nachhinein als Beinahe-Katastrophen eingeordnet wurden, erschienen medial verstärkt als »sichtbare Form der Risiken«. Vgl. François Walter, Katastrophen. Eine Kulturgeschichte vom 16. bis ins 21. Jahrhundert, Stuttgart 2010, S. 204. Gleichzeitig implizierten Medienberichte, jede Katastrophe sei vermeidbar gewesen, woraus sich Zukunftserwartungen ableiteten. Shirley Harrison (Hrsg.), Disasters and the media. Managing crisis communications, Houndmills, Basingstoke, London 1999, S. 9. Über die Unverhältnismäßigkeit von statistischen und berichteten Risiken vgl. Peters, der auf Arbeiten von Combs & Slovic (1979) und Kepplinger (1989) verweist: Hans Peter Peters, Massenmedien und Technikakzeptanz. Inhalte und Wirkungen der Medienberichterstattung über Technik, Umwelt und Risiken, http://www.hpp-online.de/downloads/heft_50.pdf [13.12.2011], S. 7. Vgl. auch Hans Peter Peters, Massenmedien als Vermittler zwischen Experten und Nichtexperten, in: Max Kerner (Hrsg.), Aufstand der Laien. Expertentum und Demokratie in der technisierten Welt, Aachen 1996, S. 61-88.

81 Birgit Metzger/Roland Wagner, Gelehrtenstreit oder Großer Konsens? Das Waldsterben, die Wissenschaft, die Politik und die Medien, in: Peter Weingart/Patricia Schulz (Hrsg.), Wissen – Nachricht – Sensation. Zur Kommunikation zwischen Wissenschaft, Öffentlichkeit und Medien, Weilerswist 2014, S. 223-257.

Die Frequenz der Unglücks- und Katastrophenberichterstattung nahm Anfang der 1980er Jahre zu und mit ihr eine doppelte Entwicklung.⁸² In der Logik der Massenmedien zählte die zu beschreibende Katastrophe nur dann als Nachricht, wenn sie knapp verhindert wurde, eskalierte oder sich grausam vollendete. Katastrophische Berichterstattung war kein neues Phänomen, aber zur apokalyptischen, übertriebenen Erzählweise trat nun die keineswegs subtile Botschaft, auch in Zukunft die Beobachtung der Katastrophe nicht aufzugeben, ganz im Sinne eines »Wir berichten weiter«.⁸³ In der öffentlichen Wahrnehmung entwickelte sich mit dem steten Blick auf katastrophische Vorgänge eine Sensibilität für das künftig Mögliche: »Wenn sowas möglich ist, dann doch auch ...«. Die Katastrophen in Bhopal, Seveso oder Harrisburg bildeten eine Seite der Medaille, deren Rückseite fortan die Erkenntnis prägte, Katastrophen seien jederzeit möglich. Die Beinahe-Katastrophe wurde medialer Dauerzustand.

Die Ausleuchtung katastrophaler Situationen hing womöglich auch mit der zur gleichen Zeit wachsenden Zahl an Menschen, die sich als politisch interessierte Mediennutzer bezeichneten⁸⁴ und hierbei angaben, zunehmend kritisch auf die angebotenen Medien, vor allem auf die Berichterstattung im Fernsehen, zu reagieren.⁸⁵ Im Bereich der Risikokommunikation, also überall dort, wo über Gefahren für das gesellschaftliche Zusammenleben informiert und diskutiert wurde, stieg das Bedürfnis nach differenzierter, kritischer Berichterstattung. Auch wenn Massenmedien und zunehmend alternative Medien dem nachkamen, zeichnete sich hier das ungebrochen ambivalente Verhältnis von Akteuren und Berichterstattern ab. Denn Erstere sind auf eine Medialisierung der eigenen Sache angewiesen und Letztere folgen den Regeln des medialen Ereignisses, um Aufmerksamkeit zu generieren. Nicht nur Risiken werden in diesem Wechselverhältnis populär verbreitet, sondern auch Ideen ihrer Regulierung.⁸⁶

82 In welchem Zusammenhang die Medialisierung von Konflikt und Katastrophe mit der Krisenrhetorik während der 1970er und 1980er Jahre stand, bedarf noch einer systematischen Analyse. In der US-amerikanischen Historiographie werden die Bezüge selbstverständlicher gesucht als in der deutschen Zeitgeschichte. Vgl. Frank Bösch, Zweierlei Krisendeutungen: Amerikanische und bundesdeutsche Perspektivierungen der 1970er Jahre, in: *Neue Politische Literatur (NPL)* 58 (2014), S. 217-230.

83 Jürgen Kaube, Die Apokalypse in den Medien – Etwas zur Soziologie der Übertreibung, in: Bernd U. Schipper/Alexander K. Nagel (Hrsg.), *Apokalypse. Zur Soziologie und Geschichte religiöser Krisenrhetorik*, Frankfurt a. M. u. a. 2008, S. 289-299, hier S. 295-297.

84 Klaus Arnold, Wie Deutschland begann, sich für Politik zu interessieren. Medienrezeption in den 1960er und 1970er Jahren, in: Klaus Arnold/Hans-Ulrich Wagner (Hrsg.), *Von der Politisierung der Medien zur Medialisierung des Politischen? Zum Verhältnis von Medien, Öffentlichkeit und Politik im 20. Jahrhundert*, Leipzig 2010, S. 323-346, hier S. 333-334.

85 Klaus Berg/Marie-Luise Kiefer, *Massenkommunikation III. Eine Langzeitstudie zur Mediennutzung und Medienbewertung 1964-1985*, Frankfurt a. M. 1987, S. 177.

86 Vgl. Uwe Fraunholz/Thomas Hänseroth (Hrsg.), *Risikante Technik. Wahrnehmung und Regulierung in der Hochmoderne*, Bielefeld 2016. Dresden, in: *H-Soz-Kult*, 18.01.2013, <<http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-4580>>.

Medialisierungen dieser Form konnten wiederum im Rahmen einer anschlussfähigen gesellschaftlichen Kultur funktionieren. Erst die in den 1970er Jahren populären Werte einer »Politik in der ersten Person« bereiteten auch eine mentale Grundhaltung, in der die medial aufbereiteten Katastrophen, Leiden und Grauen vom Publikum gesehen werden wollten und auf Resonanz stießen. Die durch mediale Nähe erzeugte Empathie für die »fernen Leiden«⁸⁷ wirkte als moralischer Imperativ und gründete den eigenen Aktivismus in Form von Spenden oder Aktionen.⁸⁸ All das führte zu konkreten Hilfen, war aber gleichzeitig eine Form von »Selbstverwirklichung im Altruismus«.⁸⁹

Ging es um Leid und Risiken, agierten Experten als Vermittler und Deuter schlechthin.⁹⁰ Je komplexer und unabgeschlossener das Wissen über Umwelt, Technik, aber auch Menschenrechte oder Friedenspolitik geriet, desto größer erschien der Bedarf an divergierenden Experten, die wiederum um Aufmerksamkeit und Legitimation konkurrierten.⁹¹ Auch hier stand die Atomenergie-Diskussion beispielhaft für die sich generell entgrenzenden ökonomischen und ökologischen Problemlagen, womit plurale Problembearbeitung und gesellschaftliche Selbststeuerung notwendig und möglich wurden, an der Akteure auf unterschiedlichen Ebenen teilnahmen.⁹² Die Gründung des BUND 1975, der

87 Luc Boltanski, *Distant suffering: Morality, media and politics*, Cambridge u. a. 1999; Jan Eckel, *Die Neugeburt der Politik aus dem Geist der Moral. Erklärungen einer heterogenen Konjunktur*, in: Jan Eckel/Samuel Moyn (Hrsg.), *Moral für die Welt? Menschenrechtspolitik in den 1970er Jahren*, Göttingen u. a. 2012, S. 22-67, hier S. 52.

88 Gabriele Lingelbach, *Spenden und Sammeln. Der westdeutsche Spendenmarkt bis in die 1980er Jahre*, Göttingen 2009, S. 367 ff.

89 Eckel, *Die Neugeburt*, S. 52.

90 Zur zeitgenössischen soziologisch-philosophischen Reflexion des Risikos vgl. u. a. Ulrich Beck, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt a. M. 1986; Anthony Giddens, *The consequences of modernity*, Cambridge 1990. Dt.: *Konsequenzen der Moderne*. Übers. von Joachim Schulte, Frankfurt a. M. 1995; Peter Koslowski/James M. Buchanan, *Ethik des Kapitalismus*, Tübingen 1982; Patrick Lagadec, *Das große Risiko. Technische Katastrophen und gesellschaftliche Verantwortung*, Nördlingen 1987; Hermann Lübke, *Sicherheit. Risikowahrnehmung im Zivilisationsprozess*, in: Ulrike Becker (Hrsg.), *Risiko ist ein Konstrukt. Wahrnehmungen zur Risikowahrnehmung*, München 1993, S. 23-41.

91 Rudloff, *Einleitung: Politikberatung*, S. 32. »Dem Aufstieg der Figur des Experten folgte der des »Gegenexperten«. Als ein aus ähnlichen Erkenntnisquellen schöpfender Antagonist, dessen Urteil jedoch der vorherrschenden Problemsicht widerspricht, übertrug der »Gegenexperte« den kontroversen, unabgeschlossenen Charakter des wissenschaftlichen Prozesses in die politische Arena und verkörperte so die politische Vieldeutigkeit des verfügbaren Wissens.« ebd., S. 28-29. Auch wenn die antagonistische Zuordnung zu starr gerät, treffen die Funktionsbeschreibungen der nun auftretenden unterschiedlichen Expertengruppen zu. Vgl. auch Daele, *Objektives Wissen*, S. 300.

92 Gabriele Metzler, *Krisenbewusstsein, Krisendiskurs und Krisenbewältigung. Die Frage der »Unregierbarkeit« in Ost und West nach 1972/73*, in: *Zeitgeschichte* 34 (2007), S. 151-161; Jens Ivo Engels, *Umweltprotest und Verhaltensstile. Bausteine zu einer vergleichenden Untersuchung von Protestbewegungen*, in: *Vorgänge: Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik* 42 (2003), S. 50-58.

GRÜNEN 1979, von Robin Wood 1982, aber auch die Institutionalisierung von Friedensforschung⁹³ und Ökologie⁹⁴ zeigen, dass sich nicht nur neue Protestformen bildeten, sondern mit ihnen auch zunehmend kontroverse Expertise als politisches Kommunikationsmittel genutzt wurde.⁹⁵

Die von den Neuen Sozialen Bewegungen⁹⁶ populär gemachten Problemfelder Umweltverschmutzung, Technologierisiken oder Rüstungswertlauf fanden in der medialen Kommunikation zum einen durch die »effiziente Anwendung von Wissen«⁹⁷ und zum anderen durch die fortgesetzte »Verschränkung von Lokalismus und globaler moralischer Orientierung« ihre öffentliche Relevanz.⁹⁸ Die Medienmechanismen nutzend, machten sich schließlich Nichtregierungsorganisationen selbst zum Medienereignis, bei dem die lokale Aktion auf eine mögliche oder tatsächliche Katastrophe verwies und in einen internationalen Kontext gestellt wurde.⁹⁹ Auch für die neue Friedensbewegung spielten

93 Die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung wurde 1970, das Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik 1971 gegründet. Nach einer Phase der Grundlagenforschung etablierte sich die Friedensforschung Ende der 1970er Jahre auch in der Politikberatung. Online <http://www.hsfk.de/> und <http://www.ifsh.de/> [25.1.2012].

94 1977 gründete sich in Freiburg das Öko-Institut e. V. als »unabhängige Forschungs- und Beratungseinrichtung für eine nachhaltige Zukunft«. Online http://www.oeko.de/das_institut/dok/558.php [25.1.2012].

95 Eckart Conze, *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart*, München 2009, S. 646.

96 Zum Begriff Neue Soziale Bewegungen und ihrer Abgrenzung vgl. Karl-Werner Brand, *Humanistischer Mittelklasse-Radikalismus. Die Erklärungskraft historisch-struktureller Deutungen am Beispiel der »neuen sozialen Bewegungen«*, in: Kai-Uwe Hellmann (Hrsg.), *Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus*, Opladen 1998, S. 31-50.

97 »Da der Einsatz kognitiver Praktiken und die Mobilisierung von Wissensressourcen ein auszeichnendes Merkmal moderner sozialer Bewegungen ist, wird es darauf ankommen, nicht nur die jeweils mobilisierten Wissensformen zu unterscheiden, sondern auch den strategischen Umgang mit unterschiedlichen Erkenntnisansprüchen zu charakterisieren: Wie werden Erkenntnisse mit politischen Interessen und Zielen in Verbindung gebracht?« Nico Stehr, *Die Zerbrechlichkeit moderner Gesellschaften. Die Stagnation der Macht und die Chancen des Individuums*, Weilerswist 2000, S. 289-290.

98 Einleitung, in Habbo Knoch (Hrsg.), *Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren*, Göttingen 2007, S. 9-53, hier S. 52. Vgl. auch Holger Nehring, *Debatten in der medialisierten Gesellschaft: Bundesdeutsche Massenmedien in den globalen Transformationsprozessen der siebziger und achtziger Jahre*, in: Thomas Raithel/Andreas Rödder/Andreas Wirsching (Hrsg.), *Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren*, München 2009, S. 45-65, hier S. 47.

99 Vgl. zur notwendigen narrativen Struktur von Medienereignissen Friedrich Lenger/Ansgar Nünning (Hrsg.), *Medienereignisse der Moderne*, Darmstadt 2008. Die Umweltorganisation Greenpeace, 1971 in den USA und 1980 auch in der Bundesrepublik gegründet, setzte diese mediale Eigenlogik erfolgreich um. Vgl. Christian Krüger/

die Mechanismen medialer Inszenierbarkeit eine wichtige Rolle, die von den Aktiven systematisch für die eigenen Interessen genutzt wurden.¹⁰⁰ Dies war umso notwendiger, als sich Friedensideen, anders als Krieg und Katastrophen, nur hochgradig symbolisch massenmedial vermitteln lassen.¹⁰¹

Das Kapital, mit dem die Ärzte der IPPNW in dieser medialisierten Debatte ihre medizinische Zuständigkeit *und* moralische Integrität in Fragen der atomaren Abrüstung herstellten, war Vertrauen. Diese moralisch abgeleitete Bindung zwischen den ärztlichen Experten und der Öffentlichkeit gelang seit den 1970er Jahren umso plausibler, je weniger Vertrauen den rein rational präsentierten Experten entgegengebracht wurde.¹⁰² So wie im Arzt-Patienten-Verhältnis der Arzt die Verantwortung für das Wohlergehen des Patienten übernimmt und dieser ihm Vertrauen entgegenbringt,¹⁰³ sollte auch in der Öffentlichkeitsarbeit der IPPNW Vertrauen als Bindemittel beider Seiten im Kampf gegen die Krankheit »atomare Bedrohung« wirken. So wie viele Friedensgruppen ihr Miteinander in Form von »peace camps«, Menschenketten oder Workshops als demonstrativen Gegenentwurf zur internationalen Konfliktlage organisierten und inszenierten, stellte die blockübergreifend arbeitende IPPNW die soziale Ressource Vertrauen in den Mittelpunkt ihrer Kampagnen und Auftritte.¹⁰⁴ Damit versinnbildlichte sich ein alternativer Entwurf zu Vorstellungen auf politischer Ebene des Ost-West-Konfliktes, wo vertrauensbildende Maßnahmen in der Regel durch

Matthias Müller-Hennig (Hrsg.), Greenpeace auf dem Wahrnehmungsmarkt. Studien zur Kommunikationspolitik und Medienresonanz, Münster 2000.

- 100 Tim Warneke, Aktionsformen und Politikverständnis der Friedensbewegung. Radikaler Humanismus und die Pathosformel des Menschlichen, in: Sven Reichardt/Detlef Siegfried (Hrsg.), Das alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa, 1968-1983, Göttingen 2010, S. 445-472.
- 101 Einige Überlegungen zur Bildlichkeit des Friedensbegriffs bei Thomas Kater, Über Gewalt und Frieden: Bilder des Politischen, in: Benjamin Ziemann (Hrsg.), Perspektiven der historischen Friedensforschung, Essen 2002, S. 57-85.
- 102 Für die USA: »A crisis of confidence in the secular state«, in: *Boston Sunday Globe*, 20.6.1982. Vgl. auch Nadja Klopprogge (GHI) and Emily Malkin (Woodrow Wilson Center): Tagungsbericht »Trust but verify«. Confidence and Distrust from Détente to the End of the Cold War. 7.-9.11.2011, Woodrow Wilson Center for International Scholars & German Historical Institute, Washington DC. Online http://www.ghi-dc.org/index.php?option=com_content&view=article&id=1138&Itemid=1004 (Stand 1.12.2013).
- 103 Freidson, Der Ärztestand, S. 139. Nach wie vor gilt das medizinische Vertrauensverhältnis als besonders sensibel, wie die gegenwärtige Debatte zeigt, nach die überbordende Informationsflut auf Seiten der Patienten das Vertrauen zu EINEM Arzt unterminiere. Vgl. Christina Berndt: Heile Welt, in: *Süddeutsche Zeitung*, 30.11./1.12.2013.
- 104 Holger Nehring, The Politics of Security across the »Iron Curtain«. Peace Movements in East and West Germany in the 1980s, in: Robert Brier (Hrsg.), Entangled protest: Transnational approaches to the history of dissent in Eastern Europe and the Soviet Union, Osnabrück 2013, S. 229-247.

materielle Vorleistung abgesichert waren.¹⁰⁵ Für die IPPNW steckte hierin auch der Kitt für ihre Existenz als Organisation: Weder moralische Argumente noch Sachhinweise allein konnten öffentlich überzeugen – erst in der Person des Arztes verbanden sich beide Dimensionen zu einem rational begründeten und emotional nachvollziehbaren Vertrauensverhältnis.¹⁰⁶

2. Weder Gewinner, noch Verlierer – die Friedensbewegung der 1980er Jahre

Die IPPNW als Teil der Friedensbewegung zu verorten, verbindet die Perspektive auf Mobilisierung und Verhalten von Aktiven mit dem kulturellen und sozialen Kontext, in dem sich die Organisation bewegte. Die IPPNW agierte auf der einen Seite als ein Teil der Friedensbewegung und wollte als solcher wahrgenommen werden, aber bemühte sich auf der anderen Seite um Abgrenzung und Profilierung; eine ambivalente Situation, in der sich zahlreiche Gruppierungen innerhalb sozialer Bewegungen befanden. So zeigt sich, wie heterogen und langfristig die Friedensbewegung in der Bundesrepublik angelegt war.

Mit einem akteurszentrierten Blick sollen Strukturbedingungen nicht unbedingt verneint, aber anders akzentuiert werden als in der klassischen Forschung zu Neuen Sozialen Bewegungen (NSB). Die Friedensbewegung gilt demnach als spezifisches historisches Phänomen der jüngeren Zeitgeschichte, aber nicht als exzeptionelles Ereignis. Denn soziale Bewegungen bildeten eine in modernen Gesellschaften immer wieder auftretende Reaktion auf widersprüchliche Entwicklungen oder blockierte Versprechungen.¹⁰⁷ Sozialwissenschaftliche Deutungen sehen in ihnen entweder Produkte oder Produzenten des sozialen Wan-

105 Martin Klimke/Reinhold Kreis/Christian Osterman (Hrsg.), »Trust, but Verify«. The Politics of Uncertainty and the Transformation of the Cold War Order, 1969-1971, Washington DC, Redwood City 2016 i. E. Diese Sichtweise fand interessanterweise parallel zu soziologischen Blickveränderungen statt. Denn in der soziologischen Forschung standen Vertrauensverhältnisse lange Zeit vor allem im Rahmen von Gütertausch im Mittelpunkt, somit als kalkulierbare Größe zwischen gleichberechtigten Partnern. Seit den 1980er Jahren öffneten sich die Überlegungen, um Vertrauen als notwendige Ressource interpersonaler Beziehungen generell zu untersuchen. Martin Hartmann, Einleitung, in: Martin Hartmann/Claus Offe (Hrsg.), Vertrauen. Die Grundlage des sozialen Zusammenhalts, Frankfurt a. M. 2001, S. 7-34, hier S. 12.

106 Wie wichtig sowohl »facts« als auch »moral grounds« seien, um Unterstützung zu bekommen, zeigte sich immer in der konkreten Aufklärungsarbeit regionaler Ärzteinitiativen: »We have found in working with the medical community that »facts« are essential. It is very hard to win friends and allies on »moral« grounds alone.« Michael Steinberg, Chapter Baltimore, an Herb Abraham, PSR, II.11.1980, in: SPC/PSR, Acc. 94A-073 Series II Box 102/1980.

107 Karl-Werner Brand, Humanistischer Mittelklasse-Radikalismus. Die Erklärungskraft historisch-struktureller Deutungen am Beispiel der »neuen sozialen Bewegungen«, in: Kai-Uwe Hellmann (Hrsg.), Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus, Opladen

dels, auf jeden Fall aber Transformationsriemen gesellschaftlichen Drucks, der wiederum durch ein Zuviel an Modernisierung, Differenzierung oder anderen Strukturprozessen entstehe. Es wäre abwegig, an dieser Stelle den Zusammenhang von Bewegung und Wandel von der Hand zu weisen, aber gleichfalls reduktionistisch von einem Modernisierungsdruck auf die Entstehung sozialer Bewegungen pauschal rückzuschließen. Der historische Ort der Friedensbewegung verweist vielmehr auf Konflikte über die Fragen von Sicherheit und Zukunft und im spezifischen Fall der IPPNW über Fragen von Professionalität und Gesundheit als Ausgangspunkt der Analyse.

Die bundesrepublikanische Friedensbewegung muss insofern als Produkt divergierender Sicherheits- und Zukunftsparadigmen (sowohl im militärischen als auch politischen und gesellschaftlichen Bereich) verstanden werden.¹⁰⁸ Zugleich stand sie personell, habituell und thematisch in der Tradition der Neuen Sozialen Bewegungen der 1970er Jahre – ein zeitgenössischer Terminus, der den qualitativen Unterschied zu »alten« sozialen Bewegungen vor allem mit Blick auf klassische Organisationsformen und Fortschrittsdenken deutlich machte.¹⁰⁹ Neu war an diesen Bewegungen, dass sie nicht auf Dauer gestellt waren und ihre Existenz in erster Linie von der Mobilisierung weiterer Unterstützer abhing.¹¹⁰

Verschiedene Gruppierungen aus den sozialen Bewegungen und dem Spektrum etablierter Institutionen wie Kirchen, Gewerkschaften und Parteien waren innerhalb der Friedensbewegung erkennbar, deren zentrales Anliegen, die Verhinderung des NATO-Doppelbeschlusses, zumindest für eine gewisse Zeitspanne den Kitt für gemeinsame Aktionen bildete.¹¹¹ Eine gewisse Schlagseite im Protest war von Beginn an sichtbar, denn mobilisierend wirkte vor allem die harsche Reaktion der USA auf den sowjetischen Afghanistan-Einmarsch.¹¹²

Eine zu starke Konzentration auf den NATO-Doppelbeschluss als Ursache birgt aber die Gefahr, die längerfristige Bedeutung der Friedensbewegung zu übersehen. Nicht selten gelten »1968« oder »1989« als Wendepunkte in der westlichen Gesellschaftsgeschichte, so dass die Bewegungsgeschichte dazwischen entweder zur bloßen Nachwehe oder zum Vorlauf weit gravierender

1998, S. 31-50, hier S. 44. Vgl. Dieter Rucht, *Gesellschaft als Projekt – Projekte in der Gesellschaft*, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 1 (1998), S. 15-24.

108 Conze, *Suche nach Sicherheit*, S. 545 ff.

109 Silke Mende/Birgit Metzger, *Ökopax. Die Umweltbewegung als Erfahrungsraum der Friedensbewegung*, in: Becker-Schaum/Gassert/Klimke/Mausbach/Zepp, *»Entrüstet Euch!«*, S. 118-134. Vgl. auch Detlef Büsser/Karl-Werner Brand/Dieter Rucht, *Aufbruch in eine andere Gesellschaft: Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik*, Frankfurt a. M. u. a. 1986.

110 Jürgen Mittag/Helke Stadland, *Soziale Bewegungsforschung im Spannungsfeld von Theorie und Empirie*, in: dies. (Hrsg.), *Theoretische Ansätze und Konzepte der Forschung über soziale Bewegungen in der Geschichtswissenschaft*, Essen 2014, S. 13-60, hier S. 19.

111 Judith Michel, *Willy Brandts Amerikabild und -politik 1933-1992*, Bonn 2008, S. 450-452.

112 Geiger, *Vergeblicher Protest?*, S. 281.

Ereignisse gerät.¹¹³ Ohne für eine weitere Zäsurenbildung »1979« zu plädieren,¹¹⁴ sollte die Friedensbewegung der 1980er Jahre als spezifischer Ausdruck einer gesellschaftlichen Debatte gesehen werden – auch wegen ihrer Vorläufer in den Neuen Sozialen Bewegungen –, die über die Raketenfrage hinausging und Fragen sowohl nach politischem Wandel und Partizipation als auch gruppenspezifischer Interessen integrierte.¹¹⁵ Friedenspolitisches Engagement richtete sich zwar auf den ersten Blick immer gegen militärische Vorhaben, zeigte aber auch, welche Sicherheitsideale und gesellschaftlichen Ängste in Politik und Gesellschaft kursierten.¹¹⁶

Solche Diskussionen waren nicht neu, fanden aber zu Beginn der 1980er Jahre unter veränderten Vorzeichen statt.¹¹⁷ Die erste Phase anti-atomarer Friedenskampagnen hatte international eng zusammengehungen mit der Re-Formation der militärischen Potenziale im Westen und begann in den USA entsprechend früher – und zudem unterstützt von Atomwissenschaftlern – als in der Bundesrepublik, wo die Wiederbewaffnung in den frühen 1950er Jahren eine erste Welle auslöste. Die Ohne-mich-Bewegung richtete sich gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und verband damit bis 1955 vor allem Neutralitätsbestrebungen.¹¹⁸

- 113 So zumindest im Titel suggeriert bei Gerd-Rainer Horn/Pdraic Kenney (Hrsg.), *Transnational moments of change in Europe. 1945, 1968, 1989*, Landham 2003. Zur empirischen Relativierung von »1968« in der Forschung vgl. Martin H. Geyer, *Auf der Suche nach der Gegenwart. Neue Arbeiten zur Geschichte der 1970er und 1980er Jahre*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 50 (2010), S. 643-669.
- 114 Für eine Zusammenschau »grenzüberschreitender Ereignisse« des Jahres 1979, mit denen sich globale Umbrüche abzeichneten, plädiert Frank Bösch, *Umbrüche in die Gegenwart. Globale Ereignisse und Krisenreaktionen um 1979*, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History*, 9/1, 2012. Online-Ausgabe <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Boesch-1-2012>. Eine nationale Resonanz auf die genannten »Schlüsselereignisse« lässt sich mit der vorliegenden Studie nicht in Gänze bestätigen.
- 115 Christoph Becker-Schaum/Philipp Gassert/Martin Klimke/Wilfried Mausbach/Marianne Zepp, *Einleitung*, in: dies. (Hrsg.), *»Entrüstet Euch!«, S. 15*; Andreas Wirsching, *Abschied vom Provisorium. 1982-1990*, München 2006, S. 79-106; Eckart Conze, *Modernitätsskepsis und die Utopie der Sicherheit. NATO-Nachrüstung und Friedensbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik*, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History*, 7/2, 2010. Online-Ausgabe <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Conze-2-2010>.
- 116 Holger Nehring, *Politics, Symbols and the Public Sphere: The Protests against Nuclear Weapons in Britain and West Germany, 1958-1963*, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History*, 2/2, 2005. Online-Ausgabe <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Nehring-2-2005>
- 117 Jost Dülffer, *Friedensbewegungen in der Bundesrepublik Deutschland 1945-2005. Ein knapper Versuch*, in: Detlef Bald (Hrsg.), *Schwellen überschreiten: Friedensarbeit und Friedensforschung*, Festschrift für Dirk Heinrichs, Essen 2005, S. 117-126.
- 118 Stark akteursorientiert und weniger sozial- und kulturgeschichtlich eingebettet bei Michael Werner, *Die »Ohne-mich«-Bewegung. Die bundesdeutsche Friedensbewegung im deutsch-deutschen Kalten Krieg (1949-1955)*, Münster 2006. Zum größeren Kontext vgl. Detlef Bald/Wolfram Wette (Hrsg.), *Alternativen zur Wiederbewaffnung. Friedenskonzeptionen in Westdeutschland 1945-1955*, Essen 2008; Wolfram Beyer, *Pazifismus und Antimilitarismus*, Stuttgart 2012; Alexander Gallus, *Die Neu-*

Eine zweite friedensbewegte Welle setzte international und auch in der Bundesrepublik Ende der 1950er Jahre ein.¹¹⁹ Die britische Campaign for Nuclear Disarmament (CND) und die amerikanische Friedensorganisation SANE wandten sich explizit gegen oberirdische Atomwaffentests.¹²⁰ Gemeinsam mit kleineren Organisationen, darunter die PSR, erhöhten sie bis 1963 den politischen Druck, als die Situation nach der Kuba-Krise ohnehin geeignet war für einen Vertrag zum Verbot atmosphärischer Atomtests. Zu dieser Zeit hatte sich in der Bundesrepublik die Kampf-dem-Atomtod-Kampagne längst wieder aufgelöst, die 1957/58 gegen die mögliche Ausstattung der Bundeswehr mit Atomwaffen entstanden war.¹²¹ Das Besondere war hier, ähnlich wie in Großbritannien oder den USA, das Engagement von Wissenschaftlern, die aus der Atomforschung kamen und sich gegen eine militärische Anwendung der Technik wandten.¹²² Solche Frontenwechsel wurden auch später zum Merkmal der anti-atomaren Friedensbewegung, mit der sich in der Regel die moralische Dimension der Atomfrage verband: Was darf Wissenschaft? Die Kampf-dem-Atomtod-Bewegung war aber keine Massenbewegung, denn als sich die Hauptträger zurückzogen – SPD und Gewerkschaften – verebbte auch der breite Protest.¹²³

tralist. Verfechter eines vereinten Deutschland zwischen Ost und West, 1945-1990, Düsseldorf 2001; Michael Geyer, *Der Kalte Krieg, die Deutschen und die Angst. Die westdeutsche Opposition gegen Wiederbewaffnung und Kernwaffen*, in: Klaus Naumann (Hrsg.), *Nachkrieg in Deutschland*, Hamburg 2001, S. 267-318.

- 119 David Cortright, *Peace. A history of movements and ideas*, Cambridge 2011, 16-18.
- 120 Jodi Burkett, *The Campaign for Nuclear Disarmament and changing attitudes towards the Earth in the nuclear age*, in: *British Journal for the History of Science (BJHS)* 45 (2012), S. 625-639; Milton S. Katz, *Ban the bomb. A history of SANE, the committee for a sane nuclear policy, 1957-1985*, New York 1986.
- 121 Vgl. auch Holger Nehring, *Politics of security: British and West German protest movements and the early Cold War, 1945-1970*, Oxford u. a. 2013.
- 122 Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg/Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Carl-Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung (Hrsg.), *»Kampf dem Atomtod!«. Die Protestbewegung 1957/58 in zeithistorischer und gegenwärtiger Perspektive*, München, Hamburg 2009. Vgl. auch Holger Löttel, *Des »Emotionalen Herr werden«: Konrad Adenauer und die »Angst vor der Atombombe« im Jahr 1957*, in: Bormann/Freiberger/Michel, *Angst*, S. 205-225.
- 123 Axel Schildt, *»Atomzeitalter« – Gründe und Hintergründe der Proteste gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr Ende der fünfziger Jahre*, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg et al., *»Kampf dem Atomtod!«, S. 39-56*. In der Bundesrepublik gründeten sich im Kontext der Kampf-dem-Atomtod-Bewegung der »Kampfbund gegen Atomschäden e. V.«, 1956 durch Bodo Manstein, die »Notgemeinschaft zur Verteidigung der Volksgesundheit« in München oder die Ärztesellschaft zur Ächtung des Atomkrieges«. Vgl. Gunar Stempel, *Neues Denken in den 50er Jahren – Ärztinnen und Ärzte gegen Remilitarisierung und Atombewaffnung in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Ruprecht, *Äskulap oder Mars?*, S. 451-467. In Großbritannien hatte sich schon 1951 die »Medical Association for Prevention of War« (MAPW) zusammengefunden und 1962 in den USA die »Physicians for Social Responsibility« (PSR). Vgl. Patricia Craig, *Gesundheits- statt Rüstungswettlauf – Die*

Nach dieser zweiten Welle differenzierte sich das Bild der Friedensbewegung, denn sowohl die Anti-Vietnam-Bewegung seit etwa 1966 als auch die antiatomare Friedensbewegung der frühen 1980er Jahre waren in längerfristige gesellschaftliche Bewegungen eingebettet. In der Bundesrepublik hatte sich schon Anfang der 1960er Jahre nach britischem Vorbild die christlich beeinflusste, unabhängige Ostermarschbewegung formiert;¹²⁴ daneben gab es innerhalb der Kirchen Friedensdienste oder eigene Organisationen wie Pax Christi.¹²⁵ Zunächst als »Ostermarsch der Atomwaffengegner«, später als »Kampagne für Demokratie und Abrüstung« boten die Ostermärsche auch ein Forum für Proteste gegen den Vietnam-Krieg.¹²⁶ Gegen Ende der 1960er Jahre ging die Bewegung (zunächst) in den vielen unterschiedlichen Reformbewegungen auf.

Nach der politischen Studentenbewegung¹²⁷ entwickelten sich vor allem in den Neuen Sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik und ganz Europa konkrete Anliegen, die sich mit den Lebensstil-Projekten im alternativen Milieu überschneiden und oft verbanden.¹²⁸ In Gruppen und Projekten zu Kinderläden, Tierbefreiung, zur Psychiatriereform, für AKW-Protest oder Solidaritäts-Initiativen bildete sich die Infrastruktur aus, in der sich dann zum Teil auch die Friedensbewegung bewegte. Über diese höchst heterogene Gemengelage liegen

britische Medical Association for the Prevention of War (MAPW), in: Ruprecht, *Äskulap oder Mars?*, S. 425-435.

- 124 Heiner Halberstadt, Protest gegen Remilitarisierung, »Kampf dem Atomtod« und Ostermarschbewegung in Westdeutschland, in: Ulrich Hermann (Hrsg.), *Protestierende Jugend: Jugendopposition und politischer Protest in der deutschen Nachkriegsgeschichte*, Weinheim u. a. 2002, S. 313-327.
- 125 Einen Überblick bietet Detlef Bald/Wolfram Wette (Hrsg.), *Friedensinitiativen in der Frühzeit des Kalten Krieges 1945-1955*, Essen 2010. Vgl. auch Daniel Gerster, *Pax Christi. Eine katholische Friedensgruppe zwischen transnationaler Verflechtung und nationaler Eigendynamik*, in: Claudia Kemper (Hrsg.), *Gespannte Verhältnisse. Frieden und Protest in Europa seit den 1970er Jahren*, Essen 2016.
- 126 Andreas Buro, *Die Entstehung der Ostermarsch-Bewegung als Beispiel für die Entfaltung von Massenlernprozessen, Schwerpunkt: Friedensbewegung*, Frankfurt a. M. 1977, S. 50-78.
- 127 Karl A. Otto, *Vom Ostermarsch zur APO. Geschichte der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960-1970*, Frankfurt a. M. 1977. Zu den diachronen und synchronen Vernetzungen vgl. Martin Klimke/Joachim Scharloth (Hrsg.), *1968 in Europe. A History of Protest and Activism, 1956-1977*, New York 2008; Martin Klimke, *The other alliance. Student protest in West Germany and the United States in the global sixties*, Princeton 2009.
- 128 Dieter Rucht, *Linksalternatives Milieu und Neue Soziale Bewegungen in der Bundesrepublik: Selbstverständnis und gesellschaftlicher Kontext*, in: Cordia Baumann (Hrsg.), *Linksalternative Milieus und Neue Soziale Bewegungen in den 1970er Jahren*, Heidelberg 2011, S. 35-60; Reichardt/Siegfried, *Das alternative Milieu*; Sven Reichardt, *Authentizität und Gemeinschaft: linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren*, Berlin 2014.

einige Erinnerungen und Reflektionen von damals Aktiven vor, die einer kritischen Aufarbeitung harren.¹²⁹

Die in den 1970er und 1980er Jahren entwickelten »latenten« Proteststrukturen¹³⁰ wurden schon in der zeitgenössischen sozialwissenschaftlichen Forschung rezipiert.¹³¹ Hierbei interessierten in den frühen Arbeiten naturgemäß strategische Fragen und politische Konzepte der Bewegung,¹³² oft vorgelegt als explizite Beiträge einer interdisziplinären Friedensforschung.¹³³ Andere Studien betonten die mit der Friedensbewegung artikulierten Strukturprobleme oder krisenhaften Wahrnehmungen in Anlehnung an gesellschaftstheoretische Überlegungen.¹³⁴ Konzentrierten sich die Studien auf die Bewegung gegen den NATO-Doppelbeschluss, urteilten sie mitunter vom Ende des Kalten Krieges her, den sie in erster Linie durch die Friedensbewegung erodiert sahen.¹³⁵ Generell orientiert sich die sozialwissenschaftliche Forschung eher an einem erkennbaren »political outcome« der Bewegung, womit sie einen deutlichen Gegensatz zu diplomatiegeschichtlichen Analysen bildet, die den politischen Wandel in den 1980er

- 129 Andreas Buro, *Gewaltlos gegen Krieg. Erinnerungen eines streitbaren Pazifisten*, Frankfurt a.M. 2011. U.a. Dorothee Sölle, *Das Lesebuch: Fragmente einer neuen Theologie*, Stuttgart 2004; Helmut Gollwitzer: *Es geht nichts verloren: 1908-1993*. hrsg. im Auftrag der Aktion Sühnezeichen, Friedensdienste und der Kirchengemeinde Berlin-Dahlem von Wolfgang Brinkel, Göttingen 1994; Martin Niemöller, *Dahlemer Predigten: kritische Ausgabe*. hrsg. von Michael Heymel im Auftrag des Zentralarchivs der Evgl. Kirche in Hessen und Nassau, Gütersloh 2011. Vgl. auch das aktuelle Forschungsprojekt von Benjamin Ziemann »Transforming German Nationalist Protestantism in the Twentieth Century. The Case of Martin Niemöller (1892-1984)«.
- 130 Thorsten Bonacker/Lars Schmitt, *Politischer Protest zwischen latenten Strukturen und manifesten Konflikten. Perspektiven soziologischer Protestforschung am Beispiel der (neuen) Friedensbewegung*, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen* (2004), S. 193-213.
- 131 Karl-Werner Brand (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA. Ein internationaler Vergleich*, Frankfurt a.M. 1985; Thomas Leif, *Die professionelle Bewegung: Friedensbewegung von innen*, Bonn 1985.
- 132 Josef Janning/Hans-Josef Legrand/Ulrich Albrecht (Hrsg.), *Friedensbewegungen. Entwicklung und Folgen in der Bundesrepublik Deutschland, Europa und den USA*, Köln 1987; Walter Z. Laqueur/Robert E. Hunter (Hrsg.), *European peace movements and the future of the western alliance*, New Brunswick 1985.
- 133 Reiner Steinweg (Hrsg.), *Die neue Friedensbewegung. Analysen aus der Friedensforschung*, Frankfurt a.M. 1982.
- 134 Vgl. Kai-Uwe Hellmann, *Paradigmen der Bewegungsforschung. Forschungs- und Erklärungsansätze – ein Überblick*, in: ders. (Hrsg.), *Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus*, Opladen 1998, S. 9-30, 15. Neben der Bundesrepublik auch zu Großbritannien, den Niederlanden und Frankreich Wilfried von Bredow/Rudolf H. Brocke, *Krise und Protest. Ursprünge und Elemente der Friedensbewegung in Westeuropa*, Opladen 1987. Vgl. auch Karl-Heinz Reuband, *Politisches Selbstverständnis und Wertorientierung von Anhängern und Gegnern der Friedensbewegung*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 16 (1985), S. 25-45.
- 135 Steve Breyman, *Why movements matter. The West German peace movement and US arms control policy*, Albany 2001.

Jahren und das Ende des Kalten Krieges in erster Linie durch die politischen Akteure und Entscheidungsträger verursacht sahen.¹³⁶

Solche Unterschiede ergeben sich nicht nur aus den Präferenzen der Forschenden, sondern auch aus den grundsätzlich verschiedenen Zugängen in Sozial- und Geschichtswissenschaft. Will Erstere den Mechanismen kollektiven Verhaltens in der Gesellschaft nachgehen, somit immer auch einer »Politik von unten«, sucht sie gleichzeitig nach Modellen, mit denen verschiedene Bewegungsereignisse erfasst werden können, um verallgemeinerbare Rückschlüsse zu ziehen.¹³⁷ Nach der lange Zeit gepflegten Typisierung hat sich in der interdisziplinären Bewegungsforschung längst der Anspruch entwickelt, aus sozialen Phänomenen Erklärungsmodelle abzuleiten, mit denen auch Variationen und Kontexte erfasst werden können.¹³⁸

Gleichwohl wurden mit der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung grundlegende Bewegungsmuster kenntlich, ohne die kollektive Mobilisierungswellen wie zu Beginn der 1980er Jahre kaum nachvollziehbar wären. Hervorzuheben ist etwa die 1987 entstandene vergleichende Arbeit von Ulrike C. Wasmuht, die sich um eine diachrone Einordnung bemühte und dies mit dem sozialwissenschaftlichen Ressourcen-Mobilisierungsansatz zur Erklärung von kollektivem Handeln verband.¹³⁹ Demnach brauche es, um Massen zu mobilisieren, einen zu aktivierenden »Rohstoff von negativen Gefühlen oder Wahrnehmungen«, die Überzeugung der einzelnen Teilnehmer, mit der eigenen Betroffenheit nicht allein zu sein, eine zumindest rudimentäre Organisation des Protests und schließlich die Aussicht auf einen kritischen Punkt in der politischen Entscheidungsfindung, der mit dem Protest möglicherweise zu beeinflussen ist.¹⁴⁰ Auch wenn Wasmuht ausgesprochen innovativ auf den Gefühlshaushalt der Aktiven hinwies, bleibt die Erklärung ihres Verhaltens auf die Sache der Bewegung beschränkt. Wie wenig folgerichtig sich diese jedoch entwickeln kann, zeigt das Problem der

136 Gaddis, *Der Kalte Krieg*; Michael Ploetz, *Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor. Von der Nachrüstung zum Mauerfall, Berlin, München 2000.*

137 Grundlegend: David A. Snow/Sarah Anne Soule/Hanspeter Kriesi (Hrsg.), *The Blackwell companion to social movements*, Oxford 2004. Zur Kritik an der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung und Anregungen, um empirisch abgesichert den Zusammenhang von sozialer Bewegung und politischer Wirkung zu erklären, vgl. Felix Kolb, *Protest and opportunities. The political outcomes of social movements*, Frankfurt a. M. 2007, S. 7-11, S. 277-294.

138 Eine auch internationale Einordnung der deutschen Bewegungsforschung bei Simon Teune, »Gibt es sowas überhaupt noch?« *Forschung zu Protest und sozialen Bewegungen*, in: *Politische Vierteljahresschrift* (2008), S. 528-547.

139 Ulrike C. Wasmuht, *Friedensbewegungen der 80er Jahre. Zur Analyse ihrer strukturellen und aktuellen Entstehungsbedingungen in der BRD und den Vereinigten Staaten von Amerika nach 1945: Ein Vergleich, Gießen 1987.* Vgl. auch Breyman, *Why movements matter*; Dieter Rucht (Hrsg.), *Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen*, Frankfurt a. M., New York 2001; Hanspeter Kriesi, *New social movements in Western Europe. A comparative analysis*, London 1995.

140 Dieter Rucht, *Massen mobilisieren*, in: *Protest und Beteiligung*, APuZ 62 (2012), S. 3-9, hier S. 6.

Mobilisierung. Gerade die Friedensbewegung befand sich in der paradoxen Situation, genau dann den meisten Zulauf zu erhalten, als die Erreichung ihrer global adressierten Ziele besonders unwahrscheinlich schien.¹⁴¹ Vor allem die Gegenprobe unterstreicht diese Beobachtung, denn Friedensorganisationen wie die IPPNW mussten in Momenten der politischen Entspannung die mobilisierende Spannung erhöhen, um Unterstützer zu aktivieren.

In der sozialwissenschaftlichen Bewegungsforschung setzten sich zunehmend auch system- und kommunikationstheoretische Analysekonzepte und Framing-Theorien durch,¹⁴² die längst auch in der geschichtswissenschaftlichen Forschung angekommen sind.¹⁴³ Die interpretierende Einrahmung und Vermittlung spezifischer Inhalte bildet demnach eine zentrale Mobilisierungsressource neben der in der Gruppe oder im Netzwerk geteilten Identifikation von Problemlagen und ihrer Behandlung.¹⁴⁴ Begriff und Konzept des Framings gehen auf Erving Goffman zurück, der mit verschiedenen Ansätzen alltägliche Interaktionen untersuchte und mit der Rahmen-Analyse situative Sinndeutungen zu erfassen suchte.¹⁴⁵ Wird ein Problem innerhalb einer spezifischen, aber durchaus variablen deutenden Erzählung präsentiert, ist für den Einzelnen und für Gruppen möglich »to make sense of events«.¹⁴⁶ Der Rahmen verleiht seinem Inhalt Bedeutung und grenzt ihn zugleich von anderen Inhalten oder konkurrierenden Deutungen ab.

Am Beispiel der IPPNW zeigt sich etwa, dass der Protest zwar vorrangig gegen Atomwaffen gerichtet war und somit den Inhalt der Arbeit bildete. Aber die

- 141 Sam Marullo/David S. Meyer, *Antiwar and Peace Movements*, in: David A. Snow/Sarah Anne Soule/Hanspeter Kriesi (Hrsg.), *The Blackwell companion to social movements*, Blackwell 2004, S. 641-665, hier S. 642.
- 142 Ein wissenschaftshistorischer Überblick in: Ansgar Klein, *Bewegungsforschung: Quo Vadis? Ein Überblick zu Entstehung, Ausprägung und Forschungsstand*, in: *Vorgänge: Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik* 42 (2003), S. 12-21. Vgl. auch Jürgen Gerhards/Dieter Rucht, *Mesomobilization: Organizing and Framing in Two Protest Campaigns in West Germany*, in: *American Journal of Sociology* (AJS) 98 (1992), S. 555-596; Hellmann, *Paradigmen der Bewegungsforschung*; Tibor Kliment, *Durch Dramatisierung zum Protest? Theoretische Grundlegung und empirischer Ertrag des Framing-Konzepts*, in: Hellmann, *Paradigmen der Bewegungsforschung*, S. 69-89; David A. Snow, *Framing Processes, Ideology, and Discursive Fields*, in: Snow/Soule/Kriesi, *The Blackwell companion to social movements*, S. 380-405.
- 143 Vgl. die Beiträge von Frank Bösch, Janosch Steuerer, Frank Wolff und Knud Andresen in: Mittag/Stadtland, *Theoretische Ansätze und Konzepte*.
- 144 Sidney Tarrow, *Power in movement. Social movements and contentious politics*, Cambridge 2008.
- 145 Erving Goffman, *Rahmen-Analyse. Ein Versuch über die Organisation von Alltagserfahrungen*, Frankfurt a. M. 1996 (Original: *Frame Analysis, An Essay on the Organization of Experience*, New York 1974).
- 146 Ein präziser Aufriss zur soziologischen Rahmen-Analyse bei: Juliane Riese, *On Dynamic Processes of Framing, Counterframing, and Reframing: The Case of the Greenpeace Whale Campaign in Norway Chapter*, in: Fahlenbrach/Sivertsen/Werenskjold, *Media and revolt*, S. 283-299, hier S. 284.

Motivation der IPPNW-Aktiven hing von Framingprozessen ab, mit denen über den Inhalt hinaus an vorgelagerte Werte und Überzeugungen der medizinischen Profession angeknüpft wurde. Eher bewegungsferne kommunikative Frames waren auch für die Kampagnenarbeit der IPPNW ein zentrales Mittel, um die Botschaft, im Falle eines Atomkrieges sei keine medizinische Hilfe möglich, einem breiten Publikum zu vermitteln und gleichzeitig nach innen als verbindende Idee zu transportieren.

Auch wenn die sozialwissenschaftliche Theoriebildung ein wichtiges Gerüst zur Erschließung von Bewegungsmustern bildet, bleiben zentrale Unterschiede zum zeitgeschichtlichen Zugang bestehen. Historische Studien suchen nach dem Exzeptionellen im Allgemeinen; das homogene Modell ist für sie Ausgangspunkt, um Unregelmäßigkeiten, Widersprüche, Kontingenz und Konflikt einzelner Bewegungsereignisse zu untersuchen. Im nächsten Schritt sehen Zeit-historikerInnen ihren Gegenstand immer als Teil eines größeren Zusammenhan-ges und somit als Möglichkeit, ihn als Indikator oder Motor von sozialem, kul-turellem und politischem Wandel zu verstehen.¹⁴⁷ Mit diesem Vorgehen konnte die zeithistorische Forschung zur Friedensbewegung in jüngster Zeit deutliches Profil gewinnen, indem historiographische Studien um sozialwissenschaftliche Perspektiven erweitert wurden und diachron und synchron in die Gesellschafts-geschichte, auch grenzübergreifend, eingeordnet wurden.¹⁴⁸ Die vorliegende Studie zur IPPNW wird ebenfalls eine Perspektivenerweiterung dieser Art vor-nehmen, um die Ärzte-Friedensorganisation nicht nur als Bewegungsereignis, sondern als Zugang zu gesellschaftspolitischem Wandel zu verstehen.

Zunächst einige Rahmendaten: 1983 existierten etwa 4.000 Friedensinitiati-ven in der Bundesrepublik,¹⁴⁹ die in der Regel aus 20 bis 50 Personen bestanden und in der Gesamtzahl stetig zunahmen. Angesichts dieser Größenordnung lässt sich kaum abschätzen, wie viele Menschen insgesamt in der Bewegung aktiv waren oder mit ihr sympathisierten.¹⁵⁰ Aus der sozialwissenschaftlichen Re-zeption der Friedensbewegung wurde gleichwohl ein Raster übernommen, das langfristig das Bild der Bewegung prägte. Nach dieser Einordnung generierte die bundesdeutsche Friedensbewegung ihre Unterstützer aus fünf Spektren, die sich jeweils auf einen Organisationszusammenhang stützen konnten. Dazu zählten die SPD und christliche Gruppen (in der Regel unterschieden nach Protestanten

147 Ziemann, *Peace Movements*, S. 5.

148 Becker-Schaum/Gassert/Klimke/Mausbach/Zepp, »Entrüstet Euch!«; Hanno Balz/Jan-Henrik Friedrichs (Hrsg.), »All we ever wanted«. Eine Kulturgeschichte europäischer Protestbewegungen der 1980er Jahre, Berlin 2012; Ziemann, *Peace Movements* in: ders., *A Quantum of Solace? European Peace Movements during the Cold War and their Elective Affinities*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 49 (2009), S. 351-389. Für Osteuropa Robert Brier (Hrsg.), *Entangled protest: Transnational approaches to the history of dissent in Eastern Europe and the Soviet Union*, Osnabrück 2013.

149 Manche Kröte, *DER SPIEGEL*, 19.9.1983, S. 52.

150 Christoph Becker-Schaum, *Die institutionelle Organisation der Friedensbewegung*, in: Becker-Schaum/Gassert/Klimke/Mausbach/Zepp, »Entrüstet Euch!«, S. 151-168, hier S. 157.

und Katholiken), sowie Die GRÜNEN, unabhängige Friedensgruppen (mit einer eigenen Bundeskonferenz) und linke Gruppen, die mehrheitlich der DKP zugeordnet werden.¹⁵¹

In der Tat spiegelte sich in den Medien, in populären Manifesten oder Auftritten von Dorothee Sölle, Heinrich Böll, Petra Kelly oder Willy Brandt dieses Spektrum wider. Vor allem zum Parteienspektrum liegen Forschungsergebnisse vor. So etwa zu den Ende der 1970er Jahre gegründeten GRÜNEN, der wichtigsten Schnittstelle zwischen Bewegungsteilen und staatlichen Institutionen.¹⁵² War die Partei noch bis 1980 deutlich von der Ökologie-Frage geprägt, integrierte sie zunehmend auch Friedensfragen, auf die ähnlich wie in den friedenswissenschaftlichen Instituten mit einer generellen Kritik an der Rüstungsdynamik geantwortet wurde, gekoppelt mit politischen Alternativkonzepten wie der »sozialen Verteidigung«.¹⁵³

Die SPD bot wegen ihrer zwiespältigen Position zur Rüstungsfrage ein Forum, in dem Befürworter und Gegner der »Nachrüstung« aufeinandertrafen. Gerade weil sie beim Bundestagsbeschluss zur Aufrüstung nicht mehr an der Regierung war, befand sich die SPD in der paradoxen Situation, für die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen verantwortlich zu sein – vor allem in der Person des Bundeskanzlers Helmut Schmidt –, gegen die sich später eine Mehrheit der Partei engagierte.¹⁵⁴ Zahlreiche Kritiker des NATO-Doppelbeschlusses,

- 151 Alice Holmes Cooper, *Paradoxes of peace. German peace movements since 1945*, Ann Arbor 1996, S. 158-176; Thomas Leif, *Die strategische (Ohn-)Macht der Friedensbewegung. Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen in den achtziger Jahren*, Opladen 1990, S. 32-51.
- 152 Silke Mende, »Nicht rechts, nicht links, sondern vorn«: Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München 2011; Markus Klein/Jürgen W. Falter, *Der lange Weg der Grünen. Eine Partei zwischen Protest und Regierung*, München 2003; Tim B. Peters, *Der parlamentarische Arm der Friedens- und Umweltbewegung. Die Grünen im deutschen Bundestag*, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), *Grünes Gedächtnis 2007*, Berlin 2007, S. 77-82; Saskia Richter, *Der Protest gegen den NATO-Doppelbeschluss und die Konsolidierung der Partei Die Grünen zwischen 1979 und 1983*, in: Gassert/Geiger, *Zweiter Kalter Krieg*, S. 229-245; eher als politisch-zeitgenössische Einschätzungen zu verstehen sind: Klaus Dräger/Werner Hülsberg, *Aus für Grün? Die grüne Orientierungskrise zwischen Anpassung und Systemopposition*, Frankfurt a. M. 1986; Hubert Kleinert, *Aufstieg und Fall der Grünen. Analyse einer alternativen Partei*, Bonn 1992.
- 153 Theodor Ebert, *Demokratische Sicherheitspolitik: Von der territorialen zur sozialen Verteidigung*, München 1974; *Angriff als Verteidigung: Airland Battle, Airland Battle 2000 und Rogers-Plan; die neuen Militärdoktrinen und ihre politischen Hintergründe; Analyse und Dokumentation*. Hrsg. von den GRÜNEN im Bundestag anlässlich des Hearings »Militärische Rüstung abbauen, soziale Verteidigung aufbauen, Perspektiven einer neuen europäischen Friedensordnung jenseits von NATO und Warschauer Pakt«, 14.-16. Juni 1984, Bonn 1984.
- 154 Friedhelm Boll/Jan Hansen, *Doppelbeschluss und Nachrüstung als innerparteiliches Problem der SPD*, in: Gassert/Geiger, *Zweiter Kalter Krieg*, S. 203-228; Jan Hansen, *Zwischen Staat und Straße: Der Nachrüstungsstreit in der deutschen Sozialdemokratie (1979-1983)*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 52 (2012), S. 517-553; vgl. auch Jan Han-

darunter auch IPPNW-Gründungsmitglied Horst-Eberhard Richter, sahen sich in der Tradition der sozialdemokratischen Ostpolitik, deren Wirkung sie mit dem Beschluss in Frage gestellt sahen.¹⁵⁵ Nach den Neuwahlen im März 1983 und einer Regierungsmehrheit für Union und FDP legten sich immer mehr Landes- und Bezirksverbände der SPD auf ein Nein zur Nachrüstung fest.¹⁵⁶

Obwohl die Friedensbewegung somit bis ins Parlament reichte, in der Kernphase breit mobilisierte und ihre Themen in zahlreichen Variationen diskutiert wurden, war die Bundestagswahl im März 1983 nicht allein von der Raketenfrage bestimmt. Die CDU ging mit einer klaren Aussage zum NATO-Doppelbeschluss in die Wahl und gewann schließlich mit den Themen Arbeitslosigkeitsbekämpfung, Haushaltskonsolidierung und »Stärkung der Eigenverantwortung«.¹⁵⁷ Das Ergebnis, verbunden mit dem Einzug der GRÜNEN ins Parlament und einer krachenden Niederlage für die SPD, signalisierte vor allem eine deutliche Polarisierung jüngerer Wählerinnen und Wähler hinsichtlich der Fragen von Fortschritt und der Rolle des Staates, die wiederum auch friedenspolitische Themen betrafen.¹⁵⁸

Auch wenn sich zeithistorische Monographien zunehmend bemühen, der Überlieferungsdominanz von Parteien neue Perspektiven auf die Friedensbewegung an die Seite zu stellen,¹⁵⁹ gibt es weiterhin keine eindeutigen Erkenntnisse, ob sich zu Beginn der 1980er Jahre das zeitgenössisch beschriebene organisatorische Spektrum tatsächlich auch in den zahlreichen lokalen Gruppen wiederfand. So wenig eine distanzierte Forschung zum kommunistischen Spektrum der Friedensbewegung vorliegt, so sehr mangelt es an Studien über Zusammensetzung, Arbeit, Selbst- und Fremdwahrnehmungen lokaler Initiativen und Gruppen.¹⁶⁰ Die IPPNW lässt sich in ihrer Organisation und Verbreitung in das genannte Schema jedenfalls nicht einordnen, denn sie war gleichzeitig international und lokal ausgerichtet und integrierte linke bis konservative Ärzte auf lokaler Ebene, die auch auf nationaler Sektionsebene tätig waren. Berufsspezifische

sen, Abschied vom Kalten Krieg? Die Sozialdemokraten und der Nachrüstungsstreit (1977-1987), München 2016.

155 Philipp Gassert, Viel Lärm um Nichts? Der NATO-Doppelbeschluss als Katalysator gesellschaftlicher Selbstverständigung in der Bundesrepublik, in: ders./Geiger, Zweiter Kalter Krieg, S. 175-202, hier S. 189.

156 Aus politikwissenschaftlicher Sicht vgl. Anton Notz, Die SPD und der NATO-Doppelbeschluss: Abkehr von einer Sicherheitspolitik der Vernunft, Baden-Baden 1990.

157 Wirsching, Abschied vom Provisorium, S. 43.

158 Ebd., S. 46.

159 Daniel Gerster, Friedensdialoge im Kalten Krieg. Eine Geschichte der Katholiken in der Bundesrepublik 1957-1983, Frankfurt a. M. 2012; Susanne Schregel, Der Atomkrieg vor der Wohnungstür. Eine Politikgeschichte der neuen Friedensbewegung in der Bundesrepublik 1970-1985, Frankfurt a. M. 2011.

160 Ein beispielhaftes Untersuchungsdesign bietet David Templin, Freizeit ohne Kontrollen. Die Jugendzentrumsbewegung in der Bundesrepublik der 1970er Jahre, Göttingen 2015; ders, Freiräume vom Provinzalltag. Jugendzentrumsinitiativen im ländlich-kleinstädtischen Raum in den 1970er Jahren, in: Heike Kempe (Hrsg.), Die »andere« Provinz. Kulturelle Auf- und Ausbrüche im Bodenseeraum seit den 1960er Jahre, Konstanz, München 2014, S. 299-326.